

Medienmitteilung

„Finanzmonitor 2008: Für eine zurückhaltende Finanzpolitik“

Mittwoch, 17. Dezember 2008

Stimmberechtigte lehnen Schuldenwirtschaft ab

economisesuisse veröffentlicht erstmals den Finanzmonitor

Eine klare Mehrheit der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verlangt einen Staat, der sorgfältig und sparsam mit ihrem Geld umgeht. Defizite sollen in erster Linie durch Ausgabenkürzungen vermieden werden. Schulden hingegen werden klar abgelehnt. Das zeigt der Finanzmonitor 2008. Veröffentlicht wurde die Auswertung von Umfragen zu den öffentlichen Finanzen von economisesuisse.

Der Dachverband der Schweizer Wirtschaft hat seit 2001 zusammen mit gfs.bern wiederholt Umfragen zur finanzpolitischen Befindlichkeit durchgeführt. In diesem Jahr wurden die Ergebnisse im Rahmen des Finanzmonitors 2008 erstmals veröffentlicht. Künftig soll dieser den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern regelmässig eine Stimme geben und so wie ein Seismograf die Schwankungen der Befindlichkeit aufzeichnen.

Schlanker effizienter Staat erwünscht

80 Prozent der Befragten befürworten in der Umfrage 2008 eine optimalere Anordnung der bestehenden Mittel. Fast Dreiviertel waren gleichzeitig der Auffassung, die Finanzpolitik müsse darauf abzielen, sowohl Ausgaben als auch Steuern zu senken. Ein Staatsausbau wird laut dem von gfs.bern erhobenen Finanzmonitor hingegen seit Längerem abgelehnt.

Nicht überraschend fordert gut die Hälfte der Befragten, allfällige Überschüsse für den Schuldenabbau zu verwenden. Umgekehrt verlangen 85 Prozent, dass im Falle eines Defizits zuerst die Ausgaben reduziert werden. Nur gerade sieben Prozent befürworten dann Steuererhöhungen und lediglich für drei Prozent sind zusätzliche Schulden ein probates Mittel.

Entsprechend differenziert sind die Präferenzen, wo gespart und wo mehr Geld ausgegeben werden soll. Traditionell fordern die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Sparmassnahmen in Bereichen wie dem Asylwesen, der Armee oder dem diplomatischen Dienst. Mit wenigen Ausnahmen hat sich die Sparneigung auf breiter Front gegenüber den Vorjahren erhöht. Die Ausbaubereitschaft ist gleichzeitig praktisch überall gesunken und die Zahl der Noch-Tabubereiche (AHV und Bildung) ist sehr limitiert.

Als glaubwürdigste Akteure in der Finanzpolitik bezeichnen sich die Stimmbürger selbst. „Dass die Bürgerinnen und Bürger auf ihre Souveränität in Finanzfragen nicht verzichten wollen, darf die Politik in der direkt-demokratischen Schweiz nicht vergessen“, erläutert Claude Longchamp, Vorsitzender der Geschäftsleitung von gfs.bern die nötigen Konsequenzen. Glaubwürdigster Einzelakteur ist Finanzminister Hans-Rudolf Merz.

Nachhaltigkeitsregel für Sozialversicherungen soll Schuldenschlupfloch schliessen

Die Schweizer Bevölkerung sendet ein starkes und seit Jahren konsistentes Bild an die Politik. economiesuisse setzt sich deshalb für eine Strategie der tiefen Staats- und Fiskalquote ein so wie sie der Bundesrat in seinem Finanzleitbild verankert hat. Dabei geht es um einen gesunden und effizienten Staat, der auch in Zukunft seine wesentlichen Aufgaben zu erfüllen vermag. Dazu gehört, die Schuldenwirtschaft unter Kontrolle zu bringen. Bereits 2001 wurde die Schuldenbremse vom Volk deutlich gutgeheissen. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Ergänzungsregel schliesst nun ein weiteres Schuldenschlupfloch. Im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik braucht es jedoch zusätzlich die von economiesuisse und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband entwickelte Nachhaltigkeitsregel für die Sozialversicherungen. „Nur so kann der Überschuldung der Sozialwerke und der Verdrängung von Bereichen wie der Bildung oder dem Verkehr ein Riegel vorgeschoben werden“, erklärt Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse.

Das Volk zeigt auch in Bezug auf den Umgang mit der gegenwärtigen Finanzkrise den Weg. Impulsprogramme kommen nur in Frage, wenn sie die Schuldenbremse nicht aushöhlen. Um strukturelle Defizite zu vermeiden, gilt es rechtzeitig zu definieren, wo es den Staat inhaltlich wirklich braucht und wo nicht. Die lang versprochene Aufgabenüberprüfung ist deshalb dringend notwendig. Nur so können unerwünschte, schmerzliche Entlastungsprogramme vermieden werden.

„Selbstverständlich hat die Aktualität Einfluss auf die Meinungen. Trotzdem weist der Finanzmonitor eine recht grosse Konstanz der Bevölkerung zu finanzpolitischen Fragen aus“, sagt der stellvertretende Direktor von economiesuisse, Urs Rellstab.

Rückfragen:
Roberto Colonnello
Telefon: 044 421 35 50
roberto.colonnello@economiesuisse.ch

Medienkonferenz

„Finanzmonitor 2008: Für eine zurückhaltende Finanzpolitik“

Mittwoch, 17. Dezember 2008

Es gilt das gesprochene Wort

Ein Seismograf der Bürgerwünsche

Urs Rellstab, Stv. Direktor economisesuisse

Geschätzte Damen und Herren

economisesuisse hat im Verlaufe dieses Jahrzehnts zusammen mit dem gfs.bern immer wieder Umfragen zu den öffentlichen Finanzen durchgeführt. Die Ergebnisse haben wir nicht publiziert. Wir betrachteten sie als internes Führungsinstrument. Mit der Zeit ist ein beträchtliches Datenmaterial zusammengekommen, das uns einen interessanten Einblick in die finanzpolitische Befindlichkeit der Schweizerinnen und Schweizer ermöglicht. Wir möchten diese Informationen heute öffentlich machen und damit auch einen regelmässigen Monitor begründen.

Der Finanzmonitor leistet einen Beitrag zum besseren Verständnis der öffentlichen Wahrnehmung der Finanzpolitik. Er spiegelt die Bedürfnisse der Bevölkerung und zeichnet die Entwicklungen im Zeitvergleich auf. Es ist uns klar, dass seit der letzten Umfrage im Mai einiges passiert ist. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich zugespitzt. Dies hat mit Bestimmtheit auch seine Wirkung auf die öffentliche finanzpolitische Befindlichkeit. Die Daten zeigen aber auch eine grosse Meinungskonstanz über die letzten Jahre. Zudem deutet die unmissverständlich klare Ablehnung der AHV-Initiative Ende November darauf hin, dass die finanzpolitische Wachsamkeit der Bürgerinnen und Bürger nach wie vor intakt ist.

Die Bürgerinnen und Bürger sind es auch, die unseren Staat repräsentieren. Sie bezeichnen sich selbst als am glaubwürdigsten, wenn es um Fragen der Finanzpolitik geht. Die Stimmberechtigten sind also die wahren Experten. Deshalb erscheint es uns gerechtfertigt, diesen Experten in Zukunft regelmässig eine Stimme zu geben. So soll der Finanzmonitor wie ein Seismograf die Schwankungen der finanzpolitischen Befindlichkeiten aufzeichnen und damit wichtige Daten für die Politikgestaltung zur Verfügung stellen. Die klaren Signale der Bevölkerung sollten bei der Ausrichtung der künftigen Finanzpolitik eine Rolle spielen.

Claude Longchamp, Leiter des gfs.bern, wird nun die Resultate im Einzelnen vorstellen. Danach wird **Pascal Gentinetta**, Direktor von economisesuisse, die Resultate aus Sicht der Wirtschaft politisch einordnen.

Medienkonferenz

„Finanzmonitor 2008: Für eine zurückhaltende Finanzpolitik“

Mittwoch, 17. Dezember 2008

Es gilt das gesprochene Wort

Klares Signal für eine haushälterische Finanzpolitik

Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Finanzmonitor 2008 bringt es ans Licht: Eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger lehnt Schuldenwirtschaft dezidiert ab. Sie fordert stattdessen einen Staat, der sorgfältig und sparsam mit ihrem Geld umgeht und Defizite in erster Linie über Ausgabenkürzungen korrigiert. Die Resultate aus dem Finanzmonitor 2008 lassen sich aus unserer Sicht wie folgt zusammenfassen:

- **Schlanker, aber effizienter Staat:** Die Bevölkerung wünscht sich einen effizienten, eher schlanken Staat. Während 80 Prozent der Befragten eine optimalere Allokation der bestehenden Mittel befürworten, sind sogar fast Dreiviertel gleichzeitig der Auffassung, eine haushälterische Finanzpolitik müsse darauf ausgerichtet sein, sowohl Ausgaben als auch Steuern zu senken. Auch wenn es sich hier um einen einmaligen Spitzenwert handeln dürfte, widerspiegelt dieses Resultat eine eindeutige Haltung gegenüber den staatlichen Institutionen. Gefragt ist eine klar eingegrenzte Rolle für den Staat, der die zentralen Aufgaben verlässlich erbringt. Ein überbordender Staat wird hingegen auf breiter Front und seit Längerem abgelehnt.
- **Vermeidung der Verschuldung vordringlich:** Schulden sind ein rotes Tuch für die Schweizerinnen und Schweizer – in guten wie in schlechten Zeiten. Im Vergleich zur zum Teil massiven Verschuldungspolitik in anderen Ländern ist dies sehr bemerkenswert. Dass die Menschen in unserem Land einen gesunden Staatshaushalt wollen, zeigt sich daran, dass – in guten Zeiten – bei Überschüssen 56 Prozent der Befragten der Meinung sind, diese seien vorweg für den Schuldenabbau zu verwenden. Ausgabenerhöhungen stossen nur gerade bei fünf Prozent der Bürgerinnen und Bürger auf Zustimmung. Umgekehrt sind bei Defiziten, die in absehbarer Zukunft aufgrund der abkühlenden Wirtschaft drohen, überwältigende 85 Prozent der Auffassung, dass zuerst die Ausgaben gekürzt werden sollen. Bloss für sieben Prozent sind Steuererhöhungen das probate Mittel, für nur gerade drei Prozent kommen zusätzliche Schulden in Frage.
- **Steigende Sparneigung auf breiter Front:** Für die Schweizerinnen und Schweizer gibt es klare Präferenzen, wo gespart und wo ausgegeben werden soll. Traditionell wird in den Bereichen Asylwesen, öffentliche Verwaltung, Armee, diplomatischer Dienst und Entwicklungshilfe mehr Sparen gefordert. Umgekehrt stellen die AHV und die Bildung potenzielle Ausbaubereiche dar. Selbst hier wird aber nicht jedes Ausbauprojekt blind mitgetragen, wie es kürzlich die wuchtige Verwerfung der AHV-Initiative gezeigt hat. Wenn man den zeitlichen Horizont erstreckt, stellt man fest, dass in den letzten Jahren die Sparneigung der Bevölkerung spürbar zugenommen hat. Immer

mehr Leute sind der Ansicht, der Staat solle weniger Geld ausgeben. Mit wenigen Ausnahmen (Strassenbau, Landwirtschaft und Gesundheitswesen) hat sich die Sparneigung auf breiter Front gegenüber den Vorjahren erhöht. Die Ausgabenfreudigkeit ist gleichzeitig praktisch überall geschrumpft und die Zahl der Noch-Tabubereiche sehr limitiert.

Die Bevölkerung sendet damit ein starkes Signal an die Politik. Und dies nicht etwa unter dem Eindruck einer spezifischen wirtschaftlichen oder politischen Situation, sondern im Sinne eines seit Jahren konsistenten Bildes mit klaren Konturen.

Welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen?

- Die **Strategie der tiefen Staats- und Fiskalquote** – so wie sie im Finanzleitbild des Bundes verankert ist – findet einen grossen Rückhalt in der Bevölkerung und ist dementsprechend konsequent von der Politik zu beachten und zu verfolgen. Dabei geht es nicht um einen handlungsunfähigen Staat. Ganz im Gegenteil: Es geht um einen gesunden und effizienten Staat, der nachhaltig seine Kernaufgaben heute und in Zukunft erfüllen kann.
- Um die **Schuldenwirtschaft unter Kontrolle zu bringen**, braucht es geeignete **institutionelle Instrumente**: Die Stimmberechtigten bekräftigten ihre ablehnende Haltung gegenüber immer höheren Schulden. Bereits im Dezember 2001 wurde die **Schuldenbremse** mit überwältigendem Mehr angenommen. Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen **Ergänzungsregel** wird ein weiteres Schuldenschlupfloch – jenes der ausserordentlichen Ausgaben – geschlossen. Im Sinne der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen ist es aber notwendig, für die Sozialversicherungen zusätzlich eine **Nachhaltigkeitsregel** einzuführen. Damit wären alle Schuldenschlupflöcher auf Bundesebene endlich gestopft. Nach dem deutlichen Verdikt des Volkes zur Ablehnung der AHV-Initiative liegt der Ball nun bei Bundesrat und Parlament, die von economiesuisse und Arbeitgeberverband entwickelte Nachhaltigkeitsregel in geltendes Recht umzusetzen. Damit wird einer Überschuldung der Sozialwerke sowie der Verdrängung wachstumspolitisch wichtiger Bereiche wie der Bildung oder dem Verkehr durch die Soziale Wohlfahrt rechtzeitig entgegengewirkt. Mit der klaren Ablehnung erneut steigender Staatsverschuldung zeigt die Bevölkerung der Politik auch den Weg in Sachen Impulsprogramme: Diese kommen nur konjunkturgerecht im Rahmen der Einhaltung der Schuldenbremse in Frage, wie dies auch der Bundesrat mit den vorgeschlagenen Stabilisierungsmassnahmen zeigt. Darüber hinausgehende überrissene Impulsprogramme – finanziert durch Neuverschuldung oder Steuererhöhung – dürften es beim Volk schwer haben.
- Ist mittelfristig wegen der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise davon auszugehen, dass nachhaltig mit sinkenden Einnahmen und damit weniger Mitteln zu rechnen ist, wird die Notwendigkeit der vom Bundesrat lang versprochenen **Aufgabenüberprüfung** deutlicher denn je. Um strukturelle Defizite zu vermeiden, gilt es deshalb rechtzeitig zu definieren, wo es den Staat inhaltlich wirklich braucht und wo nicht. Damit ist die Meisterung der „Crowding-out“-Problematik der Sozialwerke gegenüber allen anderen Aufgabenbereichen angesprochen. Nur so wird die Ultima Ratio von unerwünschten schmerzlichen Entlastungsprogrammen verhindert.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Eine überwiegende Mehrheit der Stimmberechtigten verlangt eine haushälterische Finanzpolitik und erteilt neuen Schulden eine klare Absage. Dieser Befund deckt sich mit früheren Ergebnissen und zeigt, dass gerade auch in schwierigeren wirtschaftlichen Zeiten die Ausgaben nicht unkontrolliert erhöht werden dürfen. Ich bin zuversichtlich, dass die klaren Signale der Bevölkerung von der Politik aufgenommen und bei der Ausrichtung der Finanz- und Steuerpolitik zwingend und gebührend berücksichtigt werden.

Medienkonferenz Finanzmonitor 2008

Bern, 17. Dezember 2008

Ein Seismograf der Bürgerwünsche

Urs Rellstab

Stv. Direktor economiesuisse

Resultate Finanzmonitor 2008

Claude Longchamp

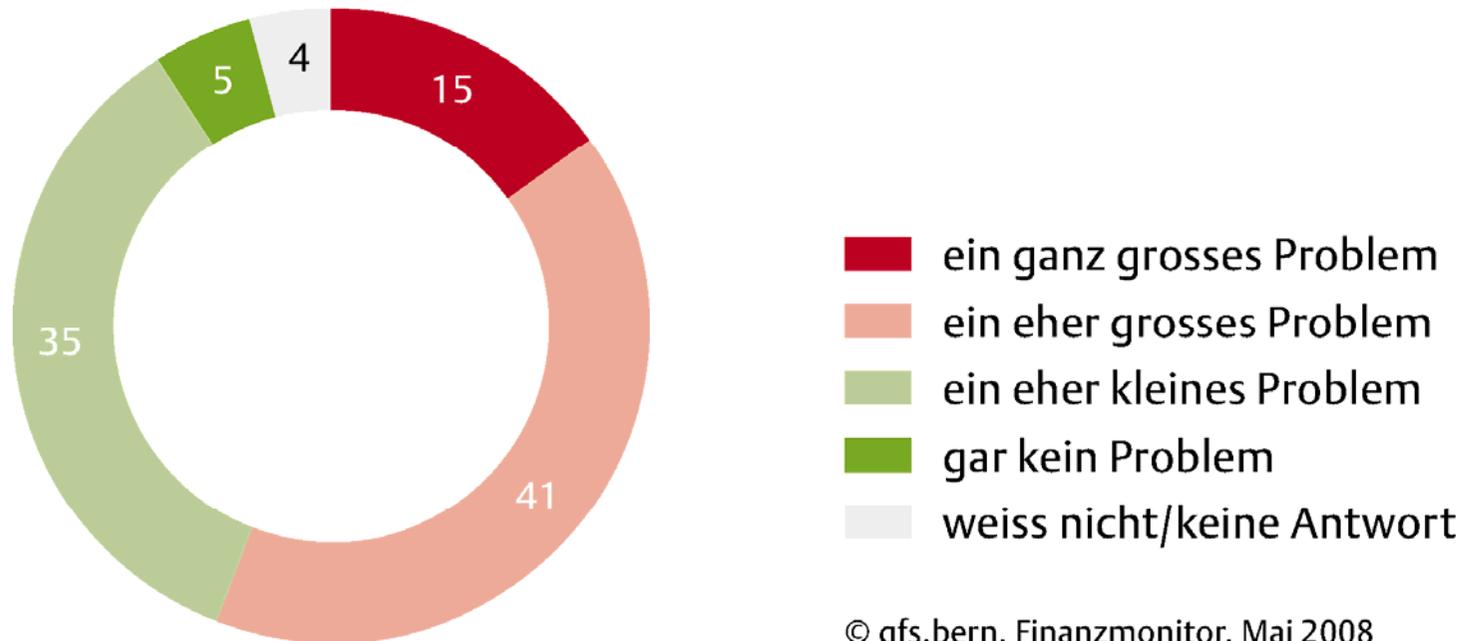
Vorsitzender der Geschäftsleitung gfs.bern

Lehrbeauftragter der Universität St.Gallen

Belastung durch Steuern

in Prozent Stimmberechtigter

„Sind ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?“

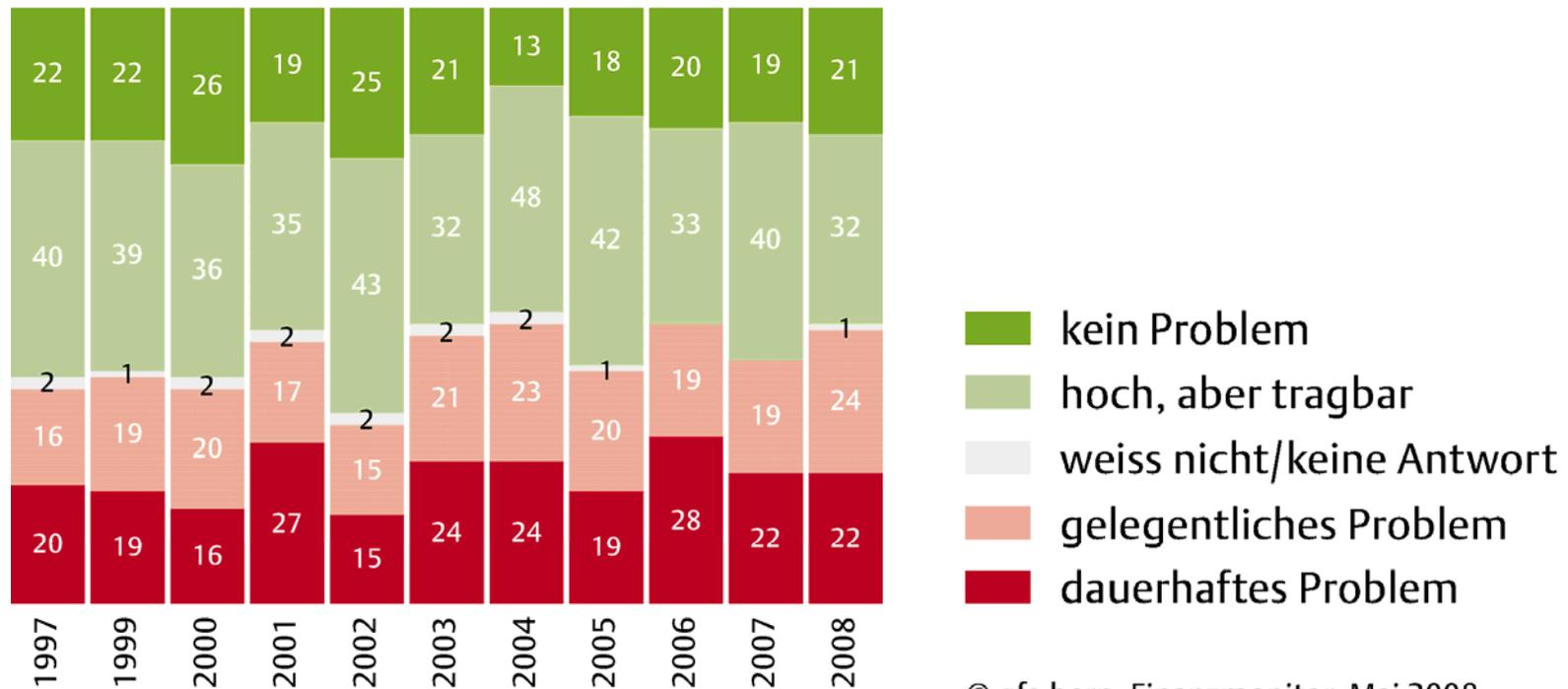


© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

Belastung durch verschiedene Haushaltskosten: Steuern

in Prozent Stimmberechtigter

„Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Ausgabenbereiche Ihres Haushaltes, ob er für Sie ein dauerhaftes oder gelegentliches Problem darstellt, welche Ausgaben Sie für hoch aber tragbar halten und welche Ausgaben für Sie gar kein Problem darstellen?“

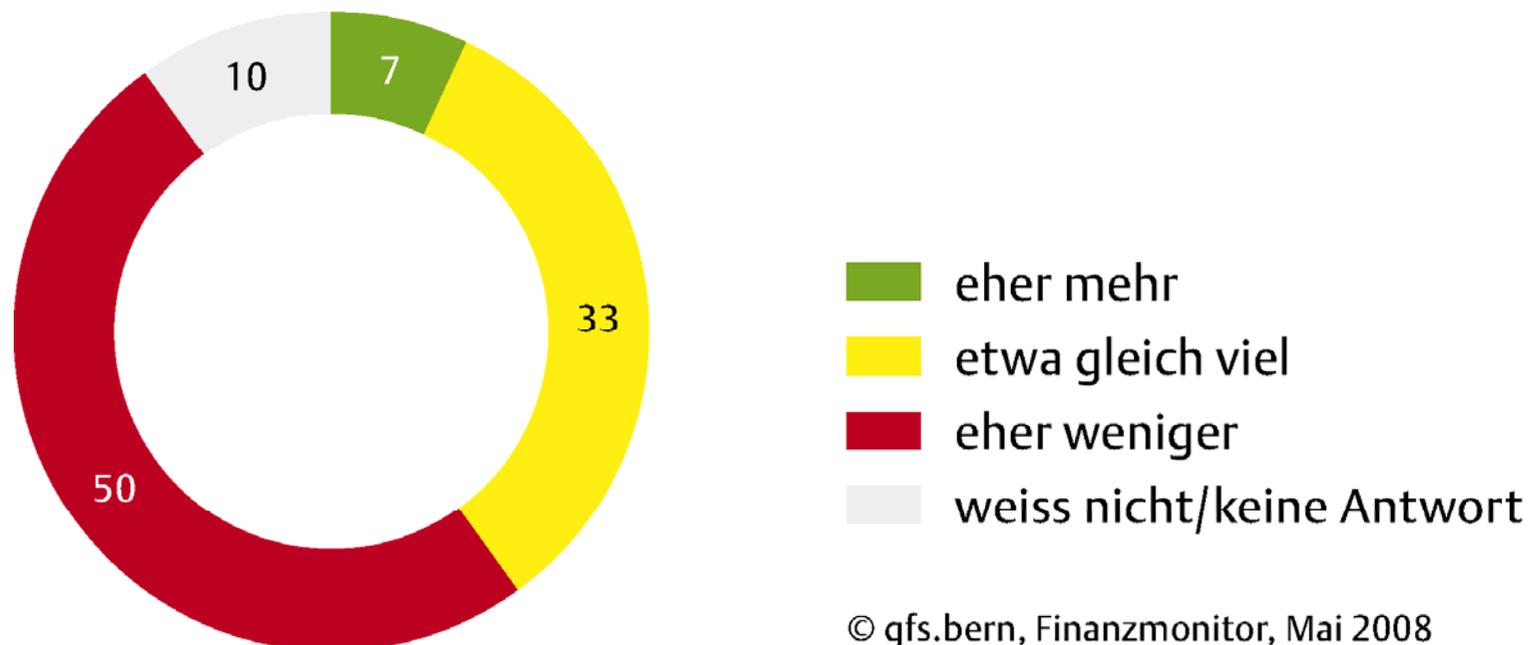


© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

Verhältnis staatliche Leistungen – Steuerabgaben

in Prozent Stimmberechtigter

„Alles in allem, bekommen Sie vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?“

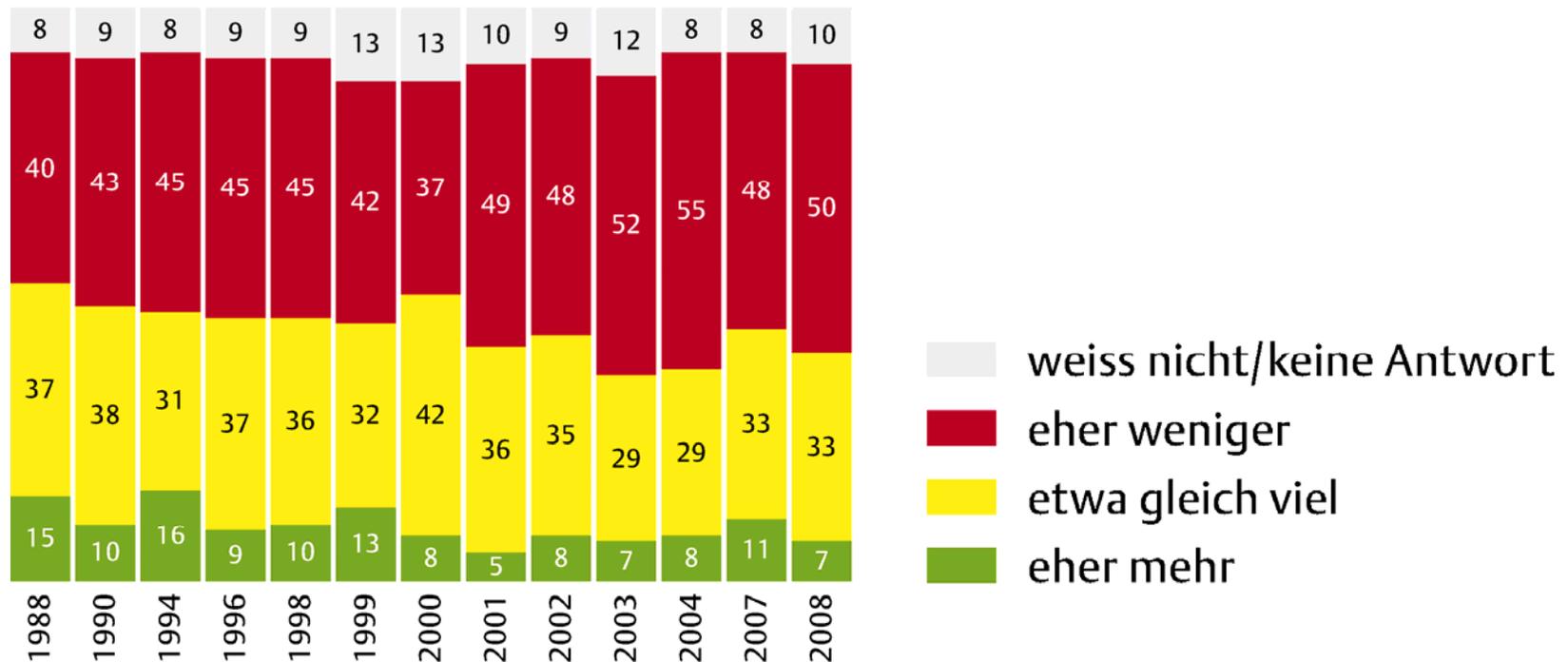


© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

Trend Verhältnis staatliche Leistungen – Steuerabgaben

in Prozent Stimmberechtigter

„Alles in allem, bekommen Sie vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen,
als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?“



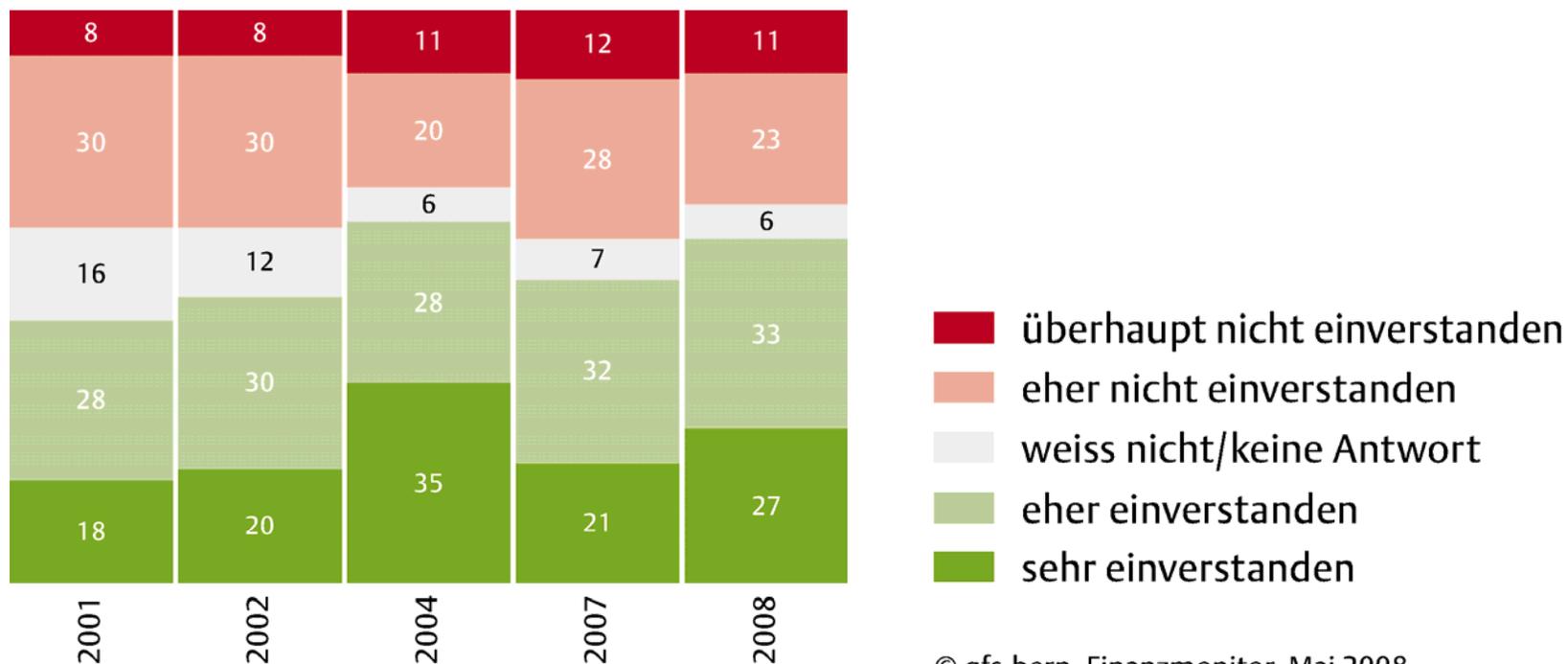
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

Trend Aussagen zu den Behörden: Ausgaben nicht im Griff

in Prozent Stimmberechtigter

„Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden?“

„Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff.“



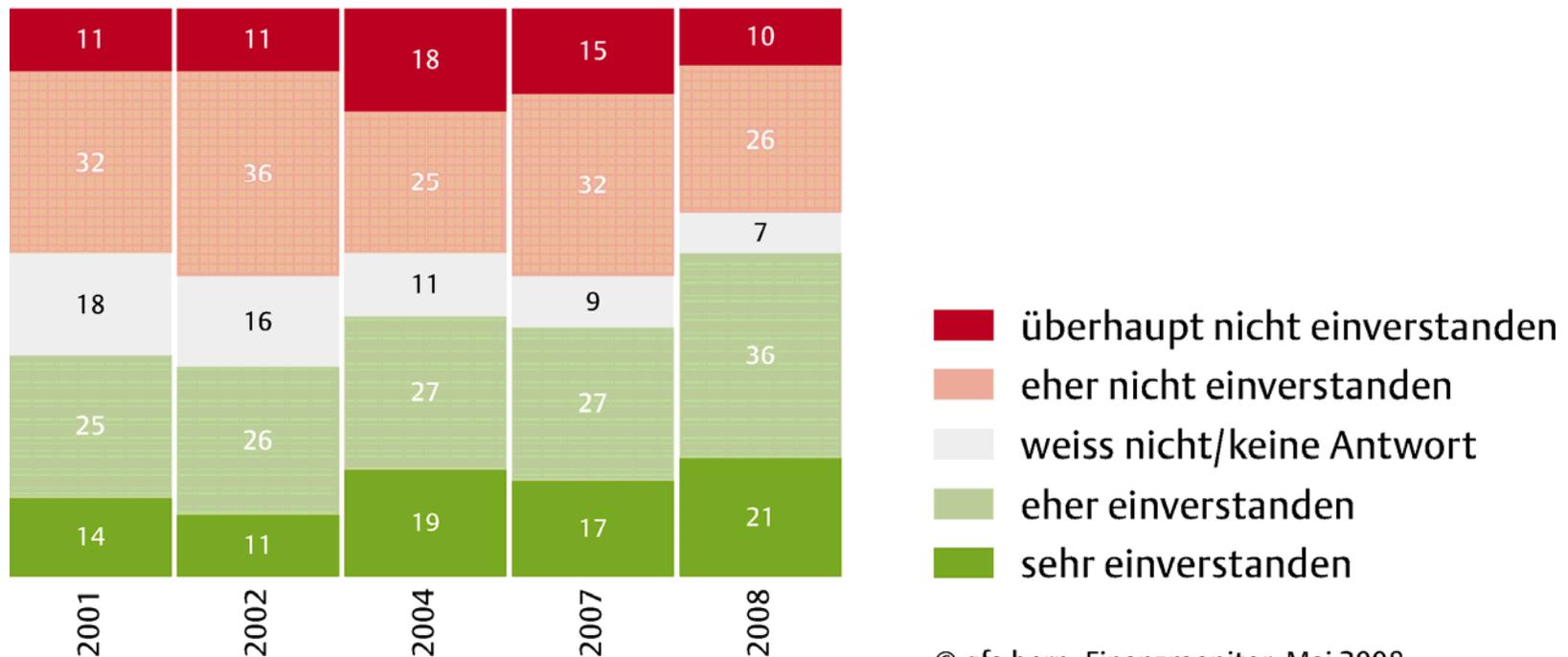
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

Trend Aussagen zu den Behörden: Vernachlässigung der Aufgaben

in Prozent Stimmberechtigter

„Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden?“

„Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates.“

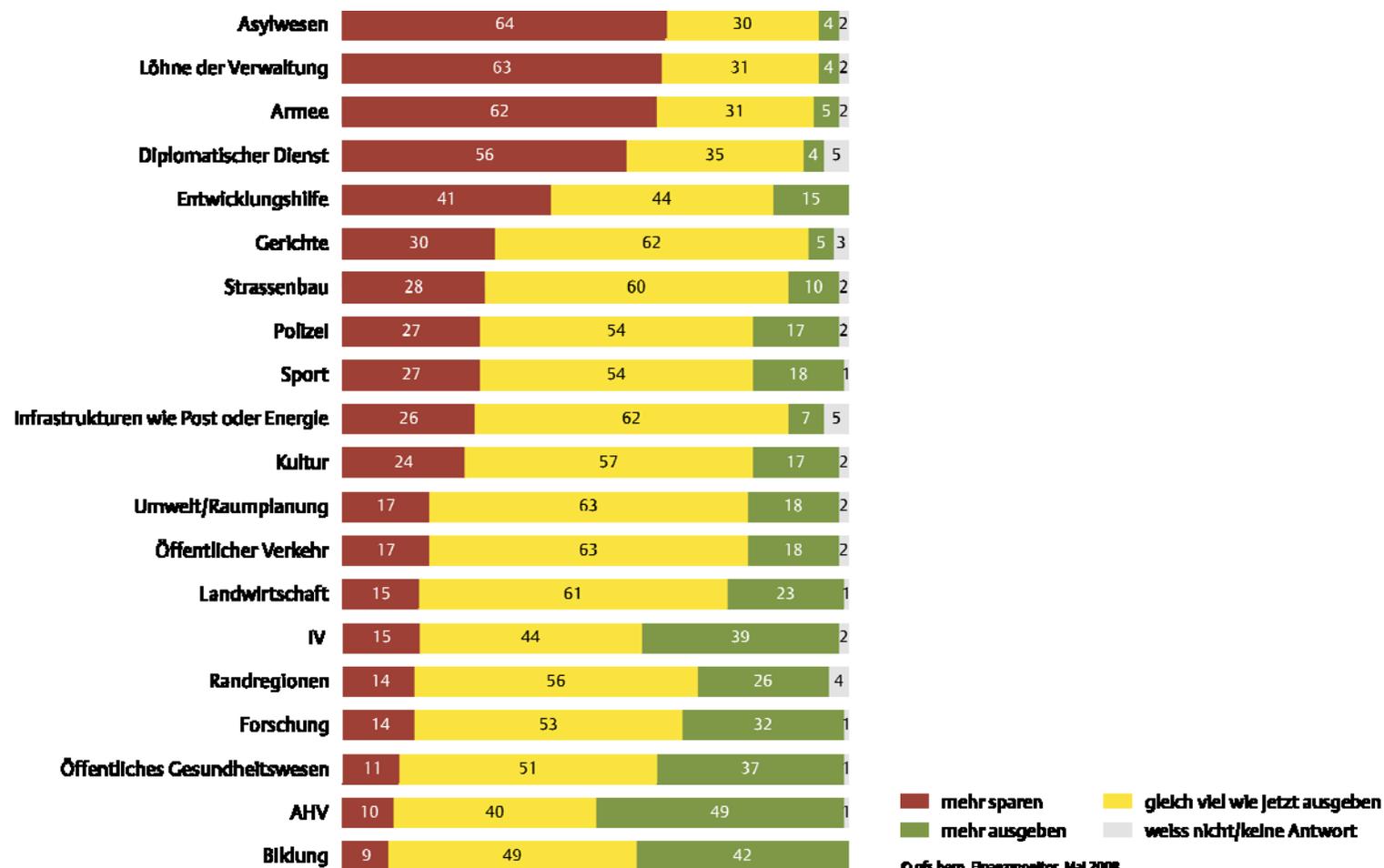


© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

Öffentliche Ausgaben: mehr sparen

in Prozent Stimmberechtigter

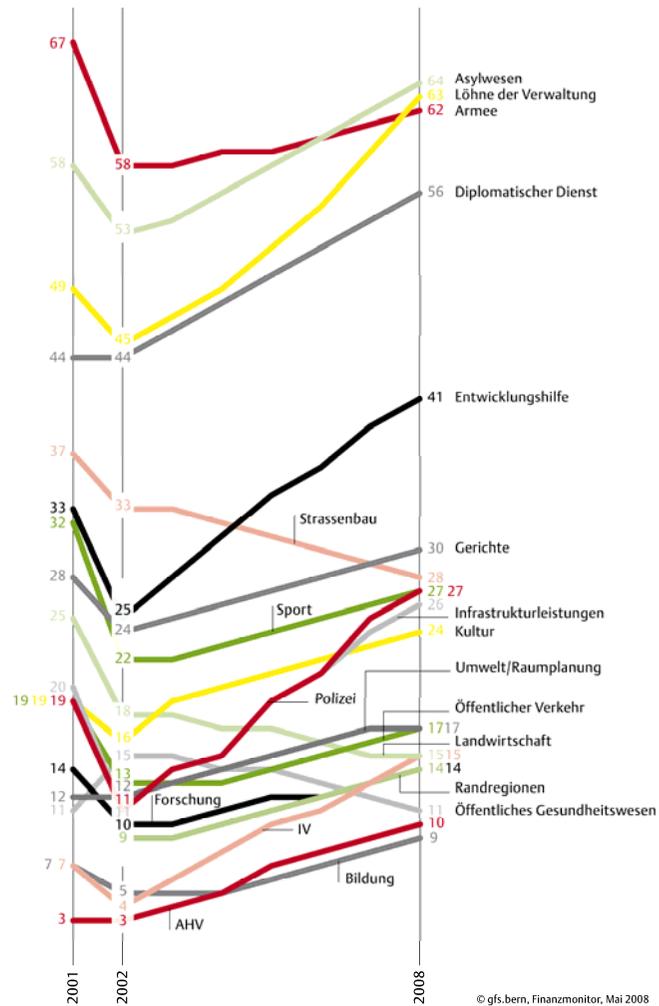
„Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte, ob Sie mehr sparen, gleich viel wie jetzt ausgeben oder ob Sie mehr ausgeben würden?“



Trend öffentliche Ausgaben: mehr sparen

in Prozent Stimmberechtigter

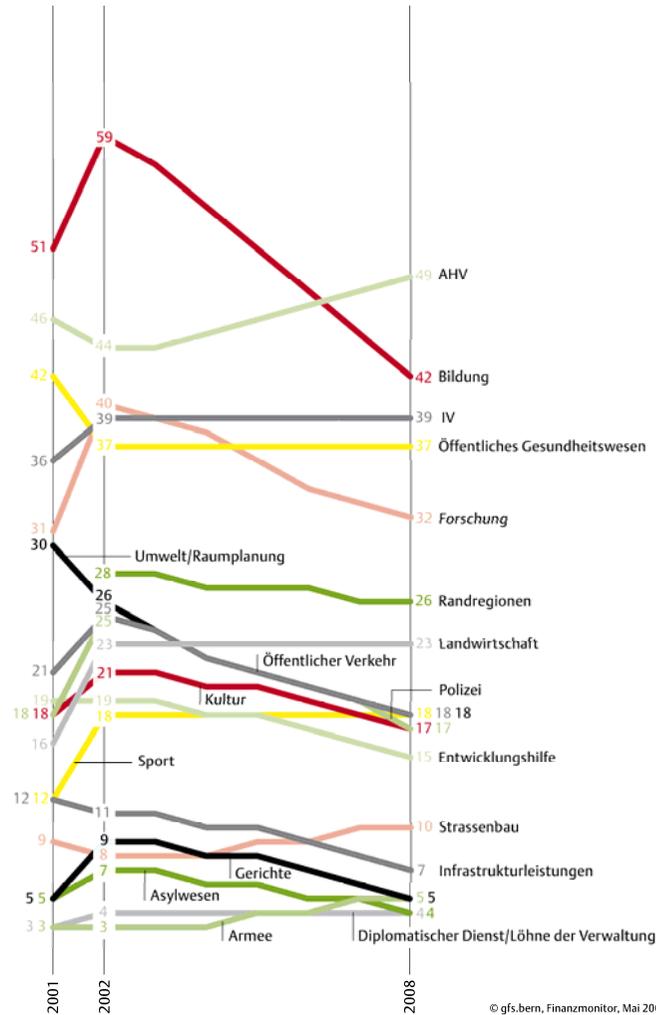
„Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte, ob Sie mehr sparen, gleich viel wie jetzt ausgeben oder ob Sie mehr ausgeben würden?“



Trend öffentliche Ausgaben: mehr ausgeben

in Prozent Stimmberechtigter

„Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte, ob Sie mehr sparen, gleich viel wie jetzt ausgeben oder ob Sie mehr ausgeben würden?“

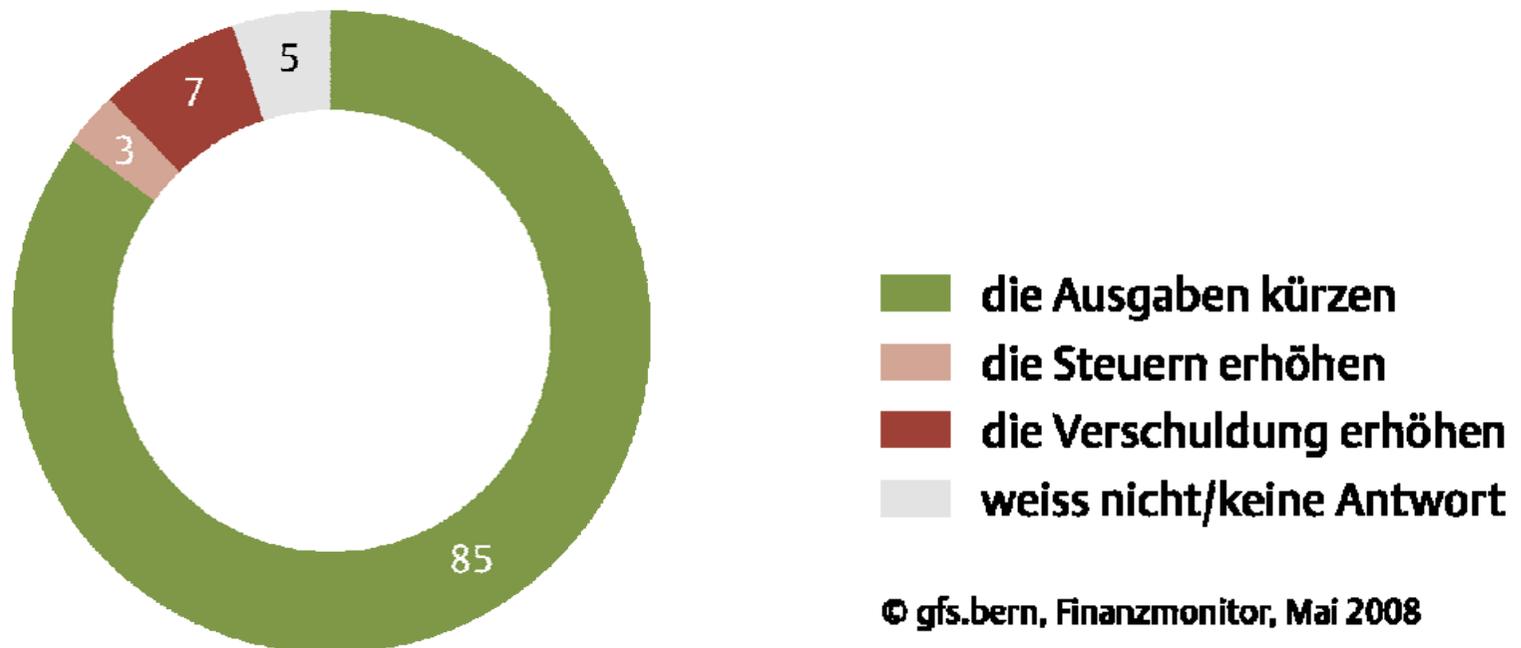


© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

Umgang mit Defiziten im Staatshaushalt

in Prozent Stimmberechtigter

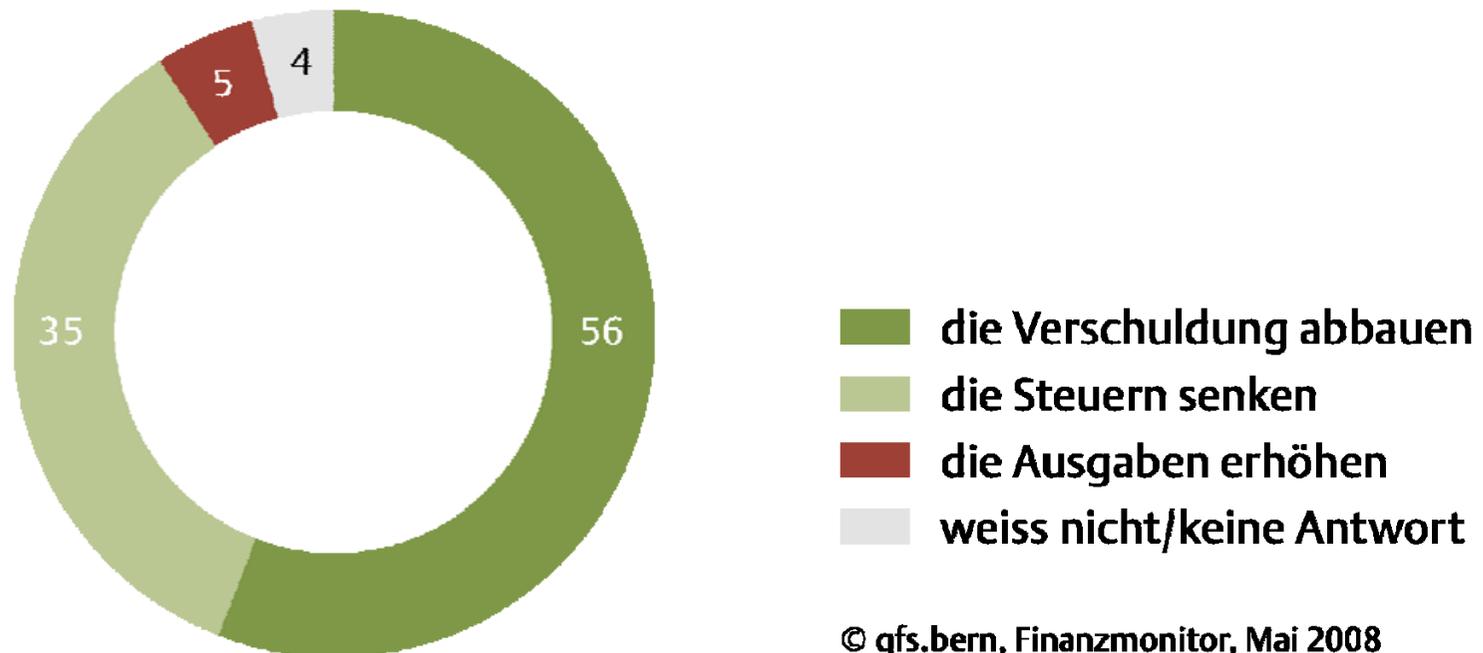
„Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Defizite im Staatshaushalt abzeichnen?
Soll man als Erstes die Ausgaben kürzen, die Steuern erhöhen oder die Verschuldung erhöhen?“



Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt

in Prozent Stimmberechtigter

„Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen?
Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Steuern senken oder die Ausgaben erhöhen?“



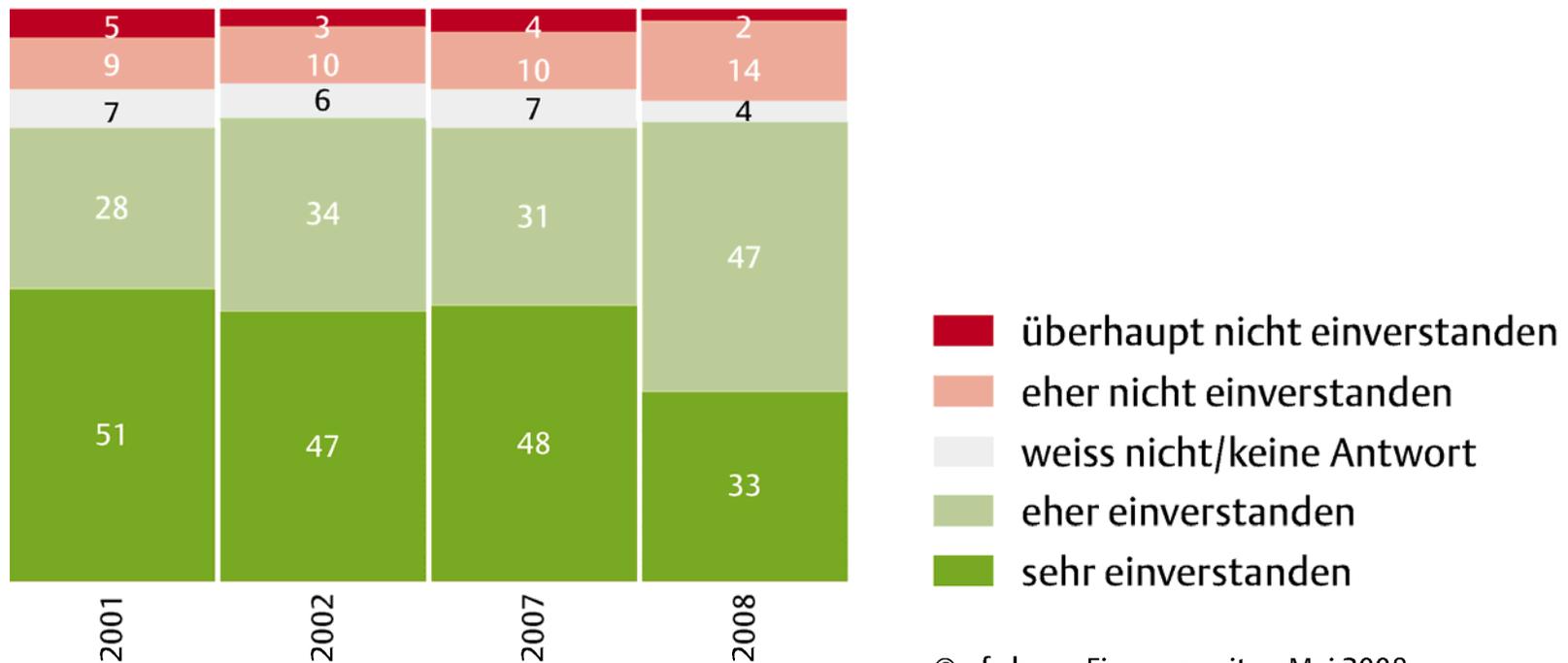
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

Trend Strategien Staatshaushalt: Aufgaben optimal lösen

in Prozent Stimmberechtigter

„Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Ausgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt eine Strategie vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind.“

„Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen.“



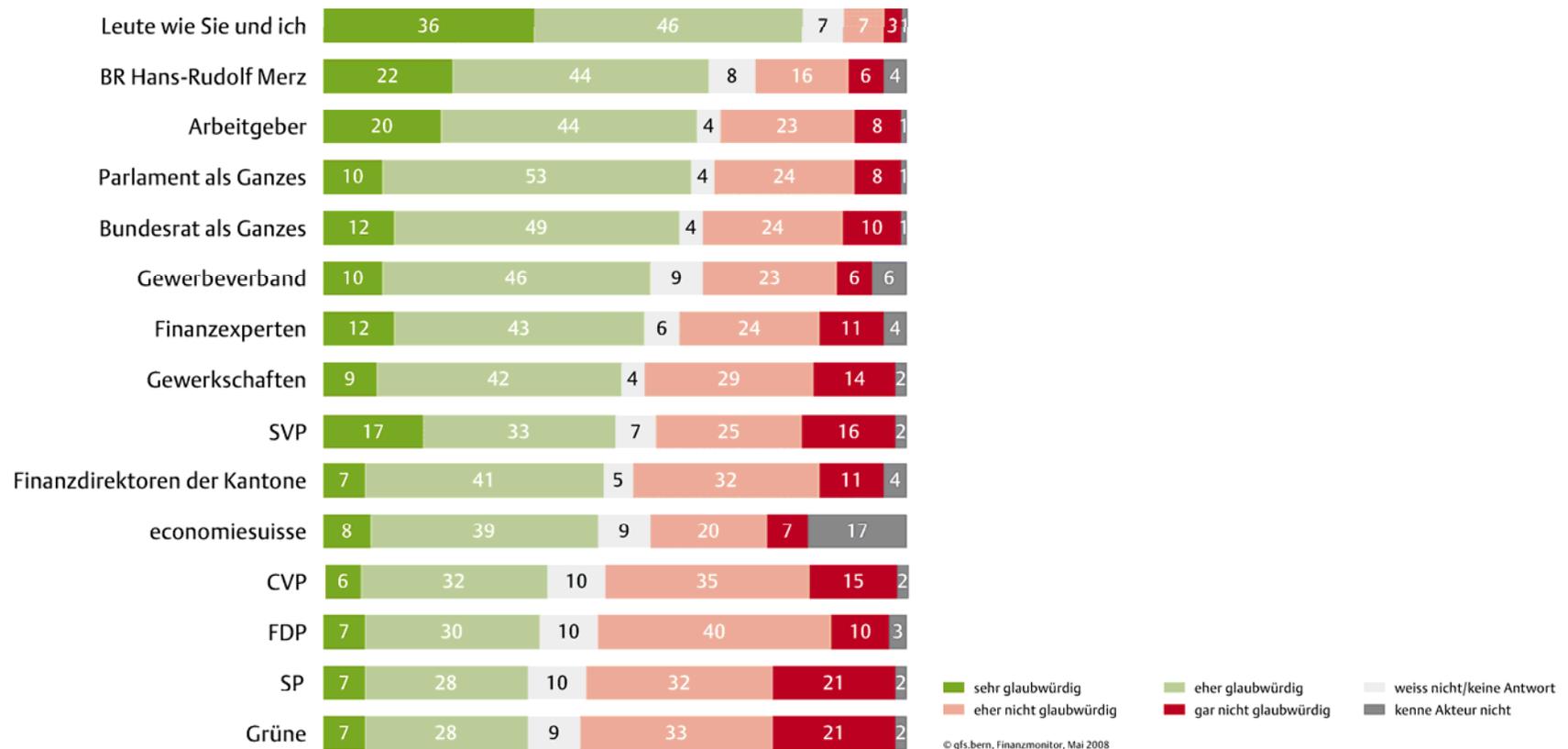
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

Glaubwürdigkeit

Akteure der Finanz- und Steuerpolitik

in Prozent Stimmberechtigter

„Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind, wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig.“



Klares Signal für eine haushälterische Finanzpolitik

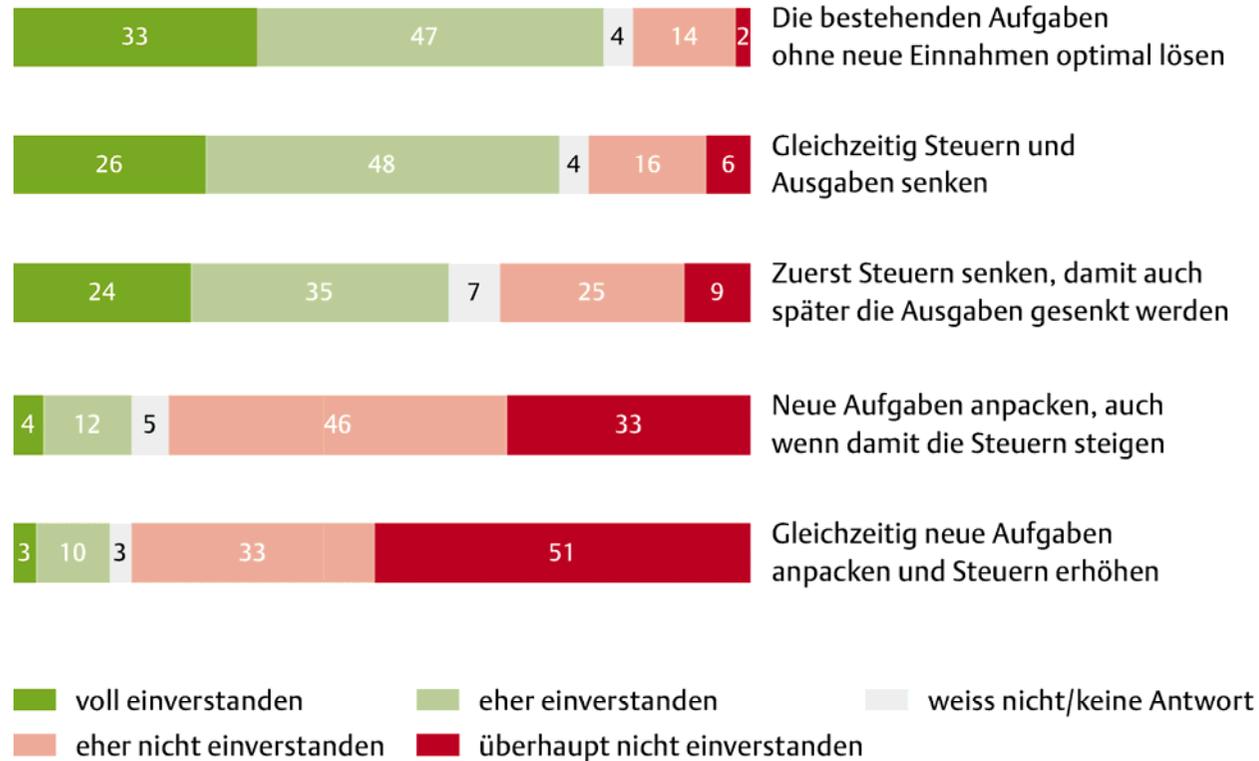
Pascal Gentinetta

Vorsitzender der Geschäftsleitung economiesuisse

I. Schlanker, aber effizienter Staat

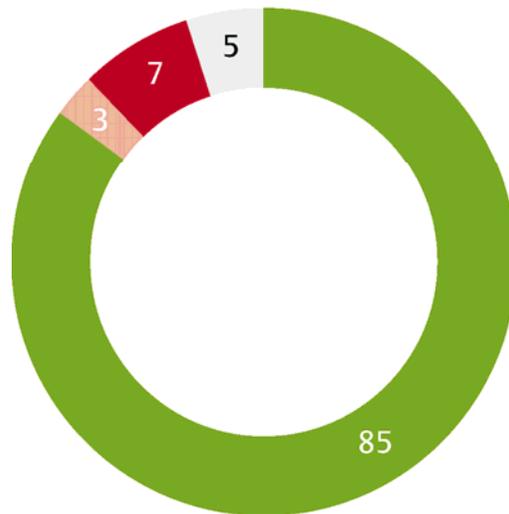
Strategien zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben

in Prozent Stimmberechtigter



II. Vermeidung der Verschuldung vordringlich

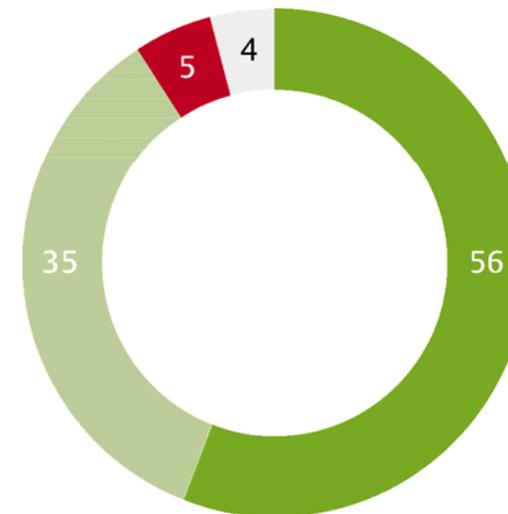
Umgang mit Defiziten im
Staatshaushalt
in Prozent Stimmberechtigter



- die Ausgaben kürzen
- die Steuern erhöhen
- die Verschuldung erhöhen
- weiss nicht/keine Antwort

© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

Umgang mit Überschüssen im
Staatshaushalt
in Prozent Stimmberechtigter

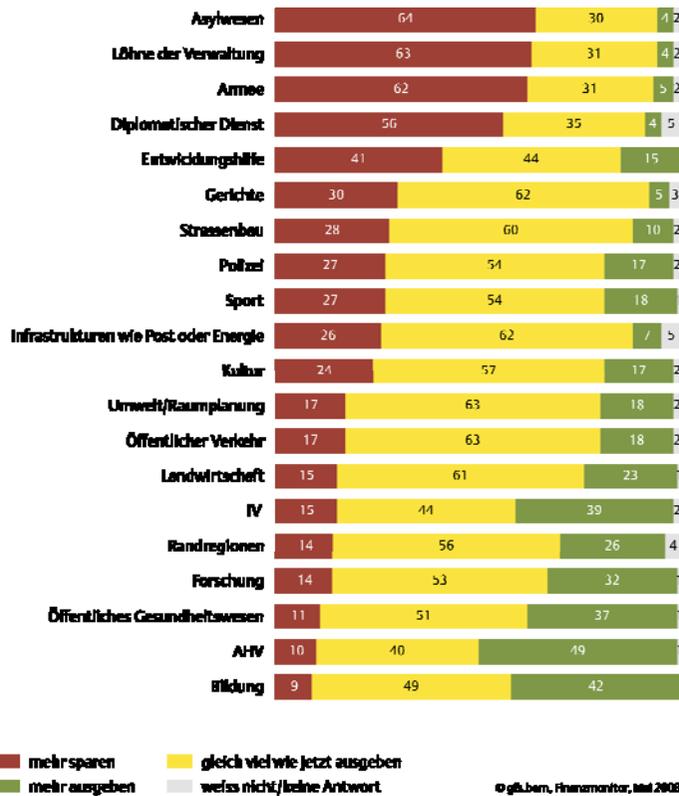


- die Verschuldung abbauen
- die Steuern senken
- die Ausgaben erhöhen
- weiss nicht/keine Antwort

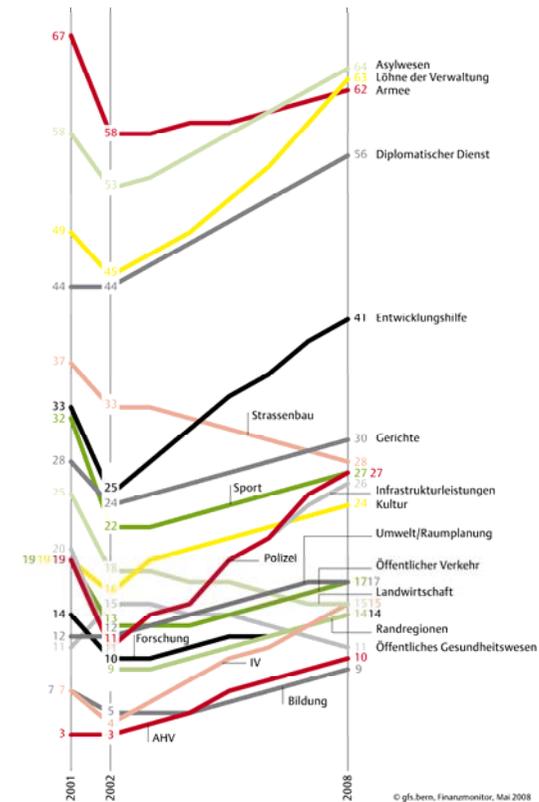
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

III. Steigende Sparneigung auf breiter Front

Öffentliche Ausgaben:
mehr sparen
in Prozent Stimmberechtigter



Trend öffentliche Ausgaben:
mehr sparen
in Prozent Stimmberechtigter



Schlussfolgerungen für die Politik

- Strategie der tiefen Staats- und Fiskalquote verfolgen
- Institutionelle Instrumente zur Vermeidung der Schuldenwirtschaft
 - bestehende Schuldenbremse
 - Ergänzungsregel für ausserordentliche Ausgaben
 - Nachhaltigkeitsregel für Sozialwerke
- Aufgabenüberprüfung

Claude Longchamp

finanzmonitor
2008 souverän
für eine nachhaltige
finanzpolitik

Impressum

**Diese Publikation erscheint in Deutsch und Französisch
Redaktion: Heike Scholten, economiesuisse
Gestaltung und Produktion: Daniel Stähli, Visuelle Kommunikation, Zürich
Druck: Offset Holend AG, Zürich
Herausgabe: Dezember 2008
© economiesuisse 2008**

Wenn es um Finanzen und Steuern geht, kann jeder mitreden. In solchen Fragen sind es sich die Stimmberechtigten in der Schweiz gewohnt, nicht nur mitzureden, sondern an der Urne auch mitzuentcheiden. Diese Routine generiert Kompetenz – eine Kompetenz, die im Finanzmonitor von *economiesuisse* überdeutlich wird: Die glaubwürdigsten Absender in Sachen Finanz- und Steuerpolitik sind «Leute wie Sie und ich». Das kommt nicht von ungefähr. Und es heisst auch: Bei der Finanz- und Steuerpolitik stehen die ausgewiesenen Experten hinten an. Finanzen und Steuern betreffen das eigene Portemonnaie – da ist jeder selbst der beste Experte.

Der Finanzmonitor macht sich dies zunutze. Er fühlt diesen Experten auf den Zahn. Was denkt das Volk über die Verwendung der Steuern? Wie geht der Bund mit den Finanzen um? Wie gross ist die Belastung? Selbstverständlich zahlt fast niemand gerne Steuern – 74 Prozent der Befragten begleichen ihre Steuerrechnung sehr oder eher ungern. Gleichzeitig gilt aber für 90 Prozent der Befragten die Bezahlung der Steuern als Pflicht. Sie wollen, dass der Staat, in dem sie mitreden können, auch funktioniert.

Insgesamt zeigt die Umfrage eine erstaunliche Besonnenheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. In Finanzfragen neigen sie zur Vorsicht. Die Tendenz zu einer konservativen, haushälterischen Finanzpolitik hat sich in den letzten Jahren sogar wesentlich verstärkt. Mit Sorge beobachten die Bürgerinnen und Bürger die strukturelle Aufblähung des Staates. In der

Konsequenz will eine klare Mehrheit eine Drosselung, wenn es darum geht, die finanz- und steuerpolitische Strategie festzulegen: So sind heute 74 Prozent der Befragten damit einverstanden, sowohl Staatsausgaben als auch Steuern gleichzeitig zu senken. Ein deutliches Votum gegen das ständige Ausgabenwachstum.

Ein noch deutlicheres Bild ergibt sich, wenn gefragt wird, was passieren soll, wenn sich Defizite im Staatshaushalt abzeichnen. Diese Frage ist besonders in Zeiten der wirtschaftlichen Abkühlung von Relevanz. Überwältigend 85 Prozent der Befragten wollen in erster Linie eine Kürzung der Ausgaben, marginale fünf Prozent wollen primär Steuern erhöhen und nur sieben Prozent tolerieren eine höhere Verschuldung. Beeindruckend ist dabei die zeitlich homogene Ausprägung dieses Befunds.

Der Finanzmonitor leistet einen Beitrag zum besseren Verständnis der Finanzpolitik. Er spiegelt die finanzpolitischen Bedürfnisse der Bevölkerung und zeichnet die Entwicklungen im Zeitvergleich nach. Auch in Zukunft soll er wie ein Seismograf die Schwankungen der finanzpolitischen Befindlichkeiten aufzeichnen. Damit liefert der Monitor wichtige Daten für die Politikgestaltung. Die klaren Signale der Bevölkerung sollten unbedingt bei der Ausrichtung der künftigen Finanz- und Steuerpolitik berücksichtigt werden.



Pascal Gentinetta
Vorsitzender der Geschäftsleitung



Urs Rellstab
Stv. Direktor

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'P. Gentinetta', written over a light grey background.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Urs Rellstab', written over a light grey background.

	Das Wichtigste in Kürze zum Finanzmonitor 2008	4
1	Einleitung	
1.1	Mandat	8
1.2	Zielsetzungen	8
1.3	Design	8
1.4	Arbeitshypothesen	9
1.5	Auswertungsmethoden	10
1.6	Forschungsteam	10
2	Befunde	
2.1	Übersicht	11
2.2	Grundstimmung in Steuer- und Finanzfragen	11
2.3	Beurteilung zentraler Strategien der Finanzpolitik des Bundes	20
2.4	Beurteilung der Akteure in der Finanzpolitik	27
3	Synthese	29
	Anhang	32

Das Wichtigste in Kürze zum Finanzmonitor 2008

Der Finanzmonitor versteht sich als Informationssystem, das zuverlässig über relevante Fragen der Finanzpolitik der Schweiz im Quer- und (in Zukunft auch) im Längsschnitt aus der Sicht der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger informieren will. Er wird vom Forschungsinstitut gfs.bern für economiesuisse durchgeführt. 2008 wurden hierfür erstmals 1010 stimmberechtigte Bürgerinnen und Bürger befragt. Zudem liegen punktuell Vergleichswerte für den Zeitraum 2001 bis 2007 vor, sodass man bereits jetzt gewisse Trends erkennbar machen kann.

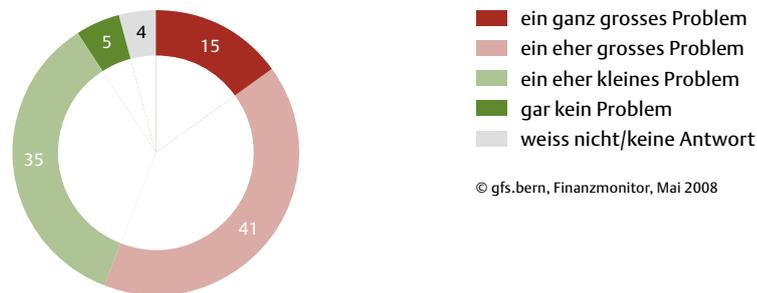
Die individuelle Belastung durch die Steuerabgaben wird mehrheitlich beklagt: 15 Prozent der befragten Stimmberechtigten bekunden sehr grosse Probleme beim Bezahlen ihrer Steuern. Zusätzliche 41 Prozent bezeichnen die Begleichung ihrer Steuern als ein eher grosses Problem.

Grafik 1

«Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?»

Belastung durch Steuern

in Prozent Stimmberechtigter



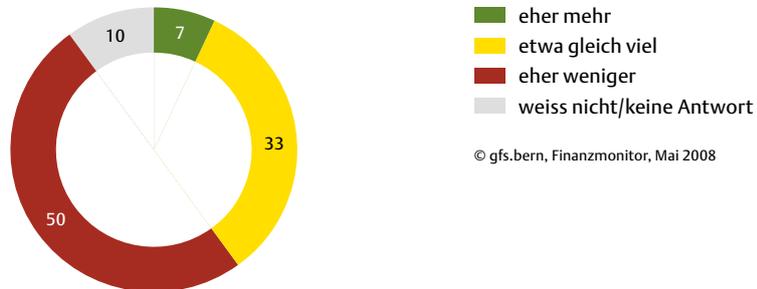
74 Prozent der Befragten begleichen ihre Steuern sehr oder eher ungern. 90 Prozent der Befragten betrachten die Bezahlung aber als ihre Pflicht. 81 Prozent geben an, ihre Steuern zu bezahlen, damit der Staat funktioniert, und 71 Prozent wollen, nachdem sie ihre Steuern beglichen haben, vom Staat in Ruhe gelassen werden.

50 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten gehen davon aus, dass sie heute vom Staat weniger erhalten, als dass sie ihm abgeben, nur sieben Prozent sehen das umgekehrt. Bei genau einem Drittel ist das wahrgenommene Verhältnis von bezogenen staatlichen Leistungen und den Steuerabgaben ausgeglichen. Damit überwiegt die skeptische Haltung in der Austauschbilanz zwischen dem Einzelnen und dem Staat.

Der Trend in der Beurteilung der Austauschrelation der letzten 20 Jahre ist negativ für den Staat. Der Tiefpunkt in der Entwicklung wurde allerdings nicht 2008, sondern im Jahr 2004 erreicht. Seither sind die Negativwerte weitgehend stabil.

Grafik 2

«Alles in allem, bekommen Sie vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?»

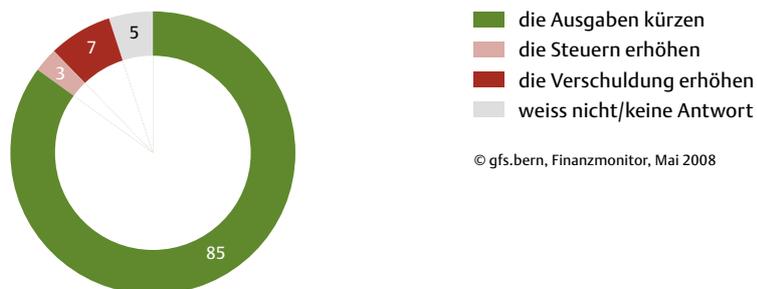
Verhältnis staatliche Leistungen/Steuerabgaben
in Prozent Stimmberechtigter

60 Prozent der Stimmberechtigten sind der Meinung, der Staat habe die Ausgaben ganz oder teilweise nicht im Griff. 57 Prozent sind umgekehrt der Auffassung, der Staat vernachlässige Aufgaben. Auch hier gilt, dass beide Perzeptionen im Zeitvergleich kritischer werden. Der Konsens, was der Staat leisten soll und welche Mittel er dafür braucht, wird somit immer kleiner.

Den Sparhebel würde man heute vermehrt vor allem im Asylwesen, bei der Verwaltung, bei der Armee und beim Diplomatischen Dienst ansetzen. Mehrheiten von 56 bis 64 Prozent würden in diesen Bereichen geringere Ausgaben akzeptieren. Umgekehrt würden sich 49 Prozent der Befragten wünschen, dass man mehr Geld für die AHV zur Verfügung stellen würde.

Grafik 3

«Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Defizite im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Ausgaben kürzen, die Steuern erhöhen oder die Verschuldung erhöhen?»

Umgang mit Defiziten im Staatshaushalt
in Prozent Stimmberechtigter

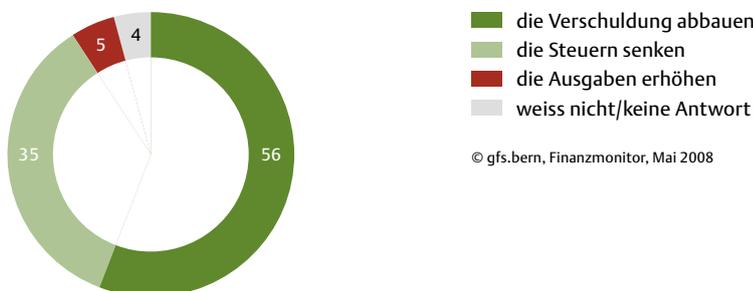
Wenn der Staat in seiner Jahresrechnung Defizite ausweist, sollte man gemäss der Mehrheit der Stimmberechtigten zuerst die Ausgaben kürzen. 85 Prozent geben dem Priorität. Mit grossem Abstand erst folgen die Schulden- oder Steuererhöhung.

Wenn umgekehrt der Staat in seinem Jahresabschluss Überschüsse ausweist, sollte man gemäss der Mehrheit der Stimmberechtigten zuerst die Schulden reduzieren.

Grafik 4

«Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Steuern senken oder die Ausgaben erhöhen?»

Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt
in Prozent Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

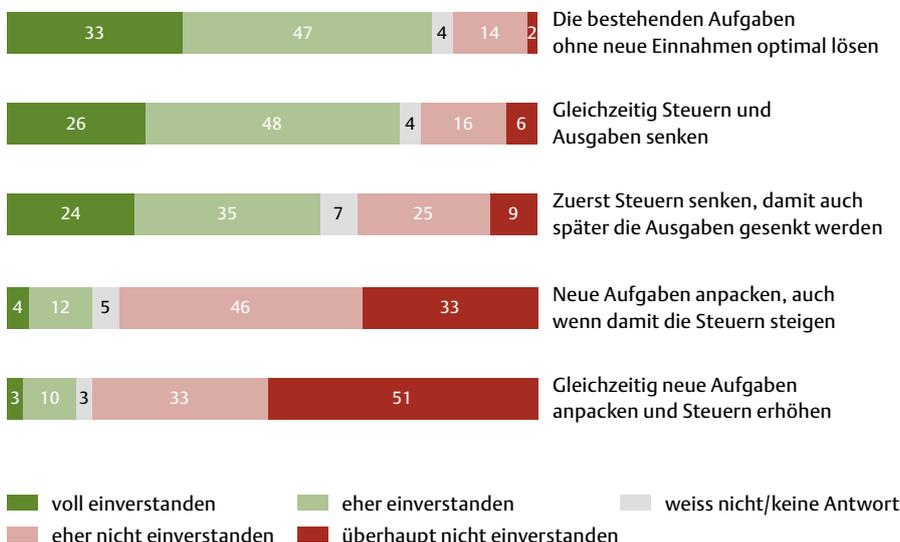
56 Prozent ziehen dies gegenüber Steuersenkungen generell vor. Bei Budgetüberschüssen die Ausgaben zu erhöhen hat nur für fünf Prozent der Stimmberechtigten Priorität.

Bei der Beurteilung von fünf verschiedenen finanzpolitischen Strategien ist die Zustimmung zu einer optimalen Aufgabenerfüllung mit den jetzigen finanziellen Ressourcen am grössten. Hiermit sind 80 Prozent voll oder eher einverstanden. Ein eigentlicher Trend ist hier nicht ersichtlich.

Grafik 5

«Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind.»

Strategien zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben
in Prozent Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

74 Prozent der Stimmberechtigten sind voll oder eher einverstanden, sowohl Steuern wie auch Ausgaben zu kürzen. 59 Prozent sind sogar für vorrangige Steuersenkungen, um die Staatsausgaben zu drosseln. In beiden Fällen gibt es einen wachsenden Zustimmungstrend. Dieser resultiert allerdings nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern, die voll einverstanden sind, sondern bei jenen, die teilweise zustimmen.

Auch ist die Strategie, die Staatsaufgaben zu erweitern und hierfür die Steuern zu erhöhen, weitgehend tabu. Nur 13 Prozent befürworten eine solche finanzpolitische Strategie. Neue Aufgaben anzupacken und dann nachträglich falls nötig die Steuern zu erhöhen, befürworten 16 Prozent.

Das «normale» Volk gilt bei den Befragten als der glaubwürdigste Akteur, wenn es um Steuerfragen geht. In diesem Politikbereich traut man sich selbst und andern Bürgerinnen und Bürgern genügend zu, die Problemstellungen beurteilen zu können. Es folgt mit einigem Abstand der gegenwärtige Finanzminister Bundesrat Hans-Rudolf Merz. Als ähnlich glaubwürdig beurteilt werden die Arbeitgeber.

Am profiliertesten in diesem Themengebiet ist von den Parteien die SVP. Sie hat bei rund der Hälfte der Stimmberechtigten eine thematische Glaubwürdigkeit. Diese ist parteiintern ausgesprochen hoch, reicht aber auch weit darüber hinaus. Die FDP spricht finanzpolitisch vor allem ihre eigenen Wähler und Wählerinnen an, aber kaum weitere Personen darüber hinaus. Das gilt weitgehend auch für die CVP. Die SP schliesslich genießt bei Personen, die von sich selbst sagen, sie würden mehr vom Staat erhalten als sie ihm abgeben, besondere Glaubwürdigkeit. Parteiintern ist die Steuerpolitik der SP indessen nicht sehr breit verankert.

1.1 Mandat

Monitore sind Informationssysteme, die der längerfristigen Beobachtung dienen. Sozialwissenschaftliches Monitoring wird betrieben, um über die Entwicklung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Prozesse umfassend und zuverlässig informiert zu sein.

Der Finanzmonitor, den das Forschungsinstitut gfs.bern für economiesuisse erstellt, beabsichtigt, über relevante Fragen der Finanzpolitik im Quer- und Längsschnittvergleich aus der Sicht der Stimmberechtigten Auskunft zu geben.

1.2 Zielsetzungen

Der Finanzmonitor soll langfristig die nachstehenden Schwerpunkte untersuchen:

- Beurteilung der eigenen Steuern und der Steuerlast,
- generelle Beurteilung von Steuern, des Umgangs der öffentlichen Hand mit ihnen und der individuell wahrgenommenen Austauschrelation,
- Aus- und Abbaupotenziale bei den öffentlichen Finanzen generell und nach Bereichen.

Es ist vorgesehen, diese Informationen ab 2008 jährlich zu erheben.

1.3 Design

Ein Monitoring auf Umfragebasis ist möglich, wenn minimal drei Bedingungen erfüllt werden:

- erstens die Konstanz der Fragestellungen,
- zweitens die Konstanz der Stichprobenbildung und
- drittens die Konstanz der Erhebungspraxis.

Letzteres führt dazu, dass idealerweise immer dasselbe Forschungsinstitut mit der Durchführung des Monitors betraut wird. Zweiteres wird mit den Angaben im nachstehenden Kasten zu den technischen Angaben fixiert. Ersteres wurde vom Kunden und dem Forschungsinstitut gemeinsam geleistet, wobei gfs.bern in Methodenfragen das Letztentscheidungsrecht hatte.

Die Befragung findet als persönliche sogenannte Face-to-face-Befragung statt. Die instruierten Befrager und Befragerinnen erheben die Informationen an repräsentativ ausgewählten Orten in jeder Sprachregion. Sie berücksichtigen bei der Personenauswahl Geschlecht und Alter, damit die Stichprobe ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit darstellt.

Technische Eckwerte des Finanzmonitors 2008

Grundgesamtheit:	Stimmberechtigte
Befragungsgebiet:	ganze Schweiz, dreisprachig
Erhebungsart:	Face-to-Face-Interviews
Befragungszeitraum:	28. April bis 18. Mai 2008
Stichprobenart:	Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Personen (Geschlecht, Alter)
Stichprobengrösse:	1010
Stichprobenfehler:	+/- 3,1 Prozent bei 50/50
Verwendbarkeit:	für die Publikation bestimmt

Die Beschränkung der Befragung auf Stimmberechtigte erfolgt ganz bewusst, denn der Finanzmonitor versteht sich als politisches Beobachtungsinstrument. Seine Bezugsgrösse sind die in politischen Entscheidungen massgeblichen Bürgerinnen und Bürger.

Technische Eckdaten der zurückliegenden Befragungen, die auch in den Finanzmonitor einfließen

Jahr	Institut / Kunde	Datenerhebung	Stichprobengrösse	Zeitraum
2007	gfs.bern / economiesuisse	CATI at random	1040	8. bis 21. Januar 2007
2004	gfs.bern / economiesuisse	CATI at random	1000	12. bis 23. Januar 2004
2002	gfs-Forschungsinstitut / economiesuisse	CATI at random	1027	23. Januar bis 6. Februar 2002
2001	gfs-Forschungsinstitut / economiesuisse	CATI at random	1035	24. Juli bis 13. August 2001

Das eigentliche Finanzmonitoring beginnt erst mit der vorliegenden Ausgabe. Das Konzept wurde speziell dafür erstellt. In zahlreichen Teilfragestellungen liegen uns aber schon Ergebnisse vor, die wir im Zusammenhang mit dem Monitoring der Finanzpakete untersucht haben. Soweit die oben skizzierten Anforderungen an die Längsschnittanalyse gewährleistet sind, berücksichtigen wir diese Ergebnisse hier ebenfalls.

1.4 Arbeitshypothesen

Mit Blick auf die Querschnittsanalysen postulieren wir drei Arbeitshypothesen:

Positionen in Finanzfragen sind abhängig:

- erstens von den individuellen Interessen, die sich im Wesentlichen aus den Einkommensverhältnissen ergeben,
- zweitens von den ideologischen Positionen, die aus den parteipolitischen Bindungen abgeleitet werden können, und
- drittens von den politischen Kulturen, die das generelle Verhältnis zum Staat, seinen Institutionen und seinen Leistungen bestimmen.

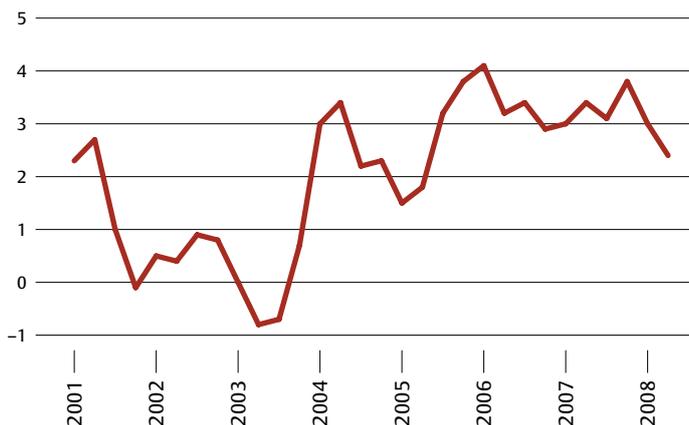
Aufgrund der Fallzahlen sind kantonale Analysen nicht möglich. Da die Kantone in Finanzfragen wesentlich sind, sollen sie jedoch in die Analysen miteinbezogen werden, sobald die Datenbasis aufgrund späterer Vergleichsstudien den Anforderungen an die Stichprobengrösse genügt.

Bezogen auf die Längsschnittuntersuchung interessiert uns vor allem der Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage einerseits und der Entwicklung von Meinungen in Finanz- und Steuerfragen andererseits.

Grafik 6

Trend BIP

Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozent gegenüber dem Vorjahr



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008, Daten: Seco

Der Zeitraum, der mit dem Finanzmonitor betrachtet werden kann, erstreckt sich von 2001 bis 2008. Für die Bestimmung der Konjunktorentwicklung in dieser Phase verwenden wir in erster Linie das Bruttoinlandprodukt (BIP) respektive die Veränderungen des BIP gegenüber dem Vorjahr. Dieser Indikator kann als grobe Umfeldbestimmung für die Wirtschaftslage verwendet werden.

1.5 Auswertungsmethoden

Die Auswertungen erfolgten in mehreren Schritten. In einem ersten Schritt wurden alle Fragen nach Randverteilungen ausgewertet. Es wurden die für den Test der Arbeitshypothesen nötigen Kreuztabellierungen vorgenommen. Auftretende Unterschiede wurden mittels Signifikanztests bewertet. Anschliessend wurde nur noch mit statistisch relevanten Unterschieden weitergearbeitet.

In einem zweiten Schritt wurden die Resultate mit den früheren Ergebnissen zu identischen Fragestellungen verglichen. Im dritten Schritt wurden die relevanten Resultate grafisch aufgearbeitet.

1.6 Forschungsteam

Das Forschungsteam stand unter der Leitung von Claude Longchamp, Politikwissenschaftler, Institutsleiter und Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen. Die operative Projektleitung hatte Matthias Bucher, Sozialpsychologe, inne. Die Datenanalyse besorgte Stephan Tschöpe und die grafische Aufarbeitung der Ergebnisse erfolgte durch Silvia-Maria Ratelband-Pally.

Seitens economiesuisse war Urs Rellstab, Leiter Kommunikation, unser hauptsächlichster Ansprechpartner.

2 Befunde

2.1 Übersicht

Die Darstellung der Befunde erfolgt in drei Kapiteln:

- Grundstimmung in Steuer- und Finanzfragen (2.2)
- Beurteilung zentraler Strategien der Finanzpolitik des Bundes (2.3)
- Beurteilung der Akteure in der Finanzpolitik (2.4)

In jedem Kapitel präsentieren wir die Hauptergebnisse, die Detailabklärungen und, sofern vorhanden, die Zeitvergleiche. Jedes Kapitel wird durch eine Zwischenbilanz abgerundet. Diese bereiten die abschliessende Synthese vor.

2.2 Grundstimmung in Steuer- und Finanzfragen

2.2.1 Ausgewählte Haltungen zum Steuerzahlen

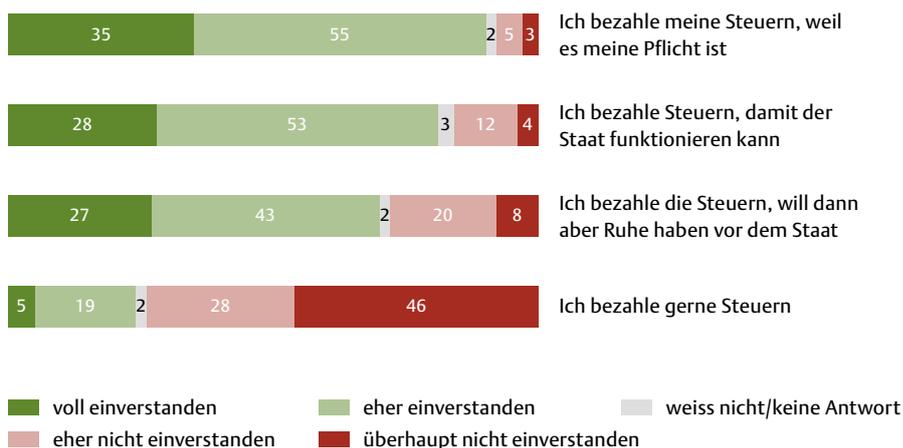
Pflichtbewusstsein ist der wichtigste Grund, warum man Steuern bezahlt. 90 Prozent sind mit dieser Aussage voll oder eher einverstanden, acht Prozent verweigern sich dieser Optik. 81 Prozent bezahlen mehr oder weniger ausdrücklich ihre Steuern, damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Das Funktionieren der staatlichen Gemeinschaft ist damit der zweite Grund, warum man Steuern bezahlt.

Grafik 7

«Wenn jemand Folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?»

Aussagen zu Steuern

in Prozent Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

70 Prozent wollen, wenn sie die Steuern bezahlt haben, mehr oder minder eindeutig Ruhe vor dem Staat haben. 74 Prozent schliesslich bezahlen Steuern gar nicht gerne oder eher nicht gerne. Das Gegenteil ist nur bei 24 Prozent mehr oder minder der Fall.

Die Bezahlung von Steuern ist damit auf der grundlegenden Ebene normativ breit verankert. Das Pflichtgefühl ist bei dieser Bürgeraufgabe unverändert breit vorhanden. Dies führt aber nicht dazu, dass man sich auch als politisch regelmässig aktive Bürgerin oder politisch aktiver Bürger definiert. Vielmehr reduziert sich das Zahlen auf die Pflicht, zur Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft einen Beitrag zu leisten. Auf das Recht, im Notfall politisch mitentscheiden zu können, will man aber gerade in Steuerfragen mehrheitlich nicht verzichten.

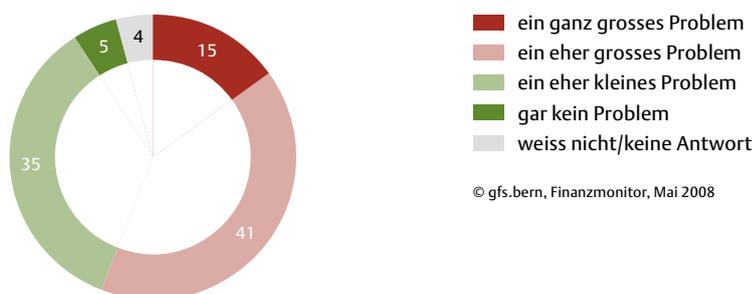
2.2.2 Subjektive Belastungen durch Steuern

15 Prozent der Befragten halten ihre Belastung durch Steuern für ein sehr hohes Problem. Weitere 41 Prozent taxieren es als eher grosses Problem. Keine Schwierigkeiten haben nach eigenen Angaben vier von zehn Befragten. Vier Prozent gaben diesbezüglich keine Auskunft.

Grafik 8

«Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?»

Belastung durch Steuern
in Prozent Stimmberechtigter



Damit ortet 2008 eine Mehrheit der Stimmberechtigten mit den Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden im eigenen Haushaltsbudget ein mehr oder minder grosses Problem. Die Grundstimmung ist mehrheitlich negativ.

Die Belastung durch Steuern ist zunächst von der sozioökonomischen Schicht abhängig. Der Zusammenhang ist allerdings nicht linear. Die Klagen über Steuern sind bei den untersten Einkommensklassen am höchsten (67 Prozent Klagen), aber auch in der oberen Mittelschicht sind sie überdurchschnittlich (66 Prozent Klagen).

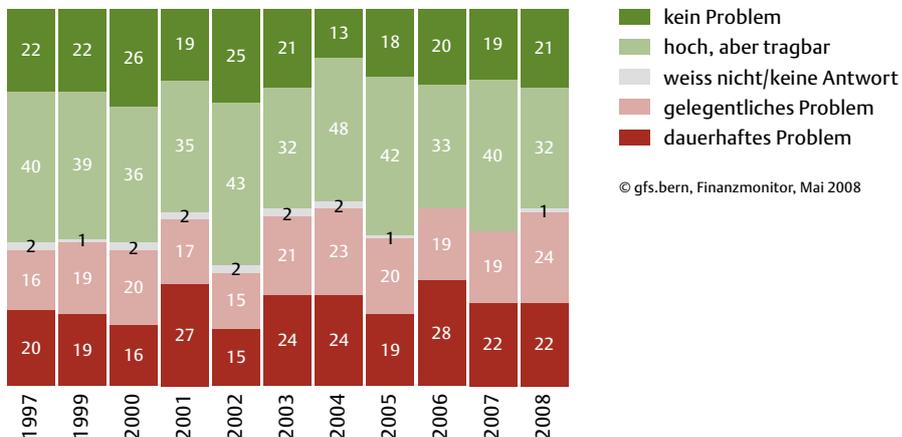
Am verbreitetsten sind Klagen über Steuern an der SP-Basis. 67 Prozent machen hier mehr oder minder negative Aussagen. Bei den Parteiungebundenen beträgt der Prozentsatz 59 Prozent. Es folgen die Anhängerschaften der FDP (49 Prozent), der CVP (47 Prozent), der SVP (44 Prozent) und der Grünen (35 Prozent).

Es finden sich relevante Einflüsse zwischen den Sprachregionen. Am meisten klagt man in der italienischsprachigen Schweiz, gefolgt von den französisch- und den deutschsprachigen Landesteilen. Im Tessin liegt der Anteil negativ Eingestellter bei 81 Prozent, in der deutschsprachigen Schweiz sind es 49 Prozent.

Grafik 9

«Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Ausgabenbereiche Ihres Haushaltes, ob er für Sie ein dauerhaftes oder gelegentliches Problem darstellt, welche Ausgaben Sie für hoch, aber tragbar halten und welche Ausgaben für Sie gar kein Problem darstellen?»

Trend Belastung durch verschiedene Haushaltskosten: Steuern
in Prozent Stimmberechtigter



Der zeitliche Trend kann nicht exakt bestimmt werden, weil die Antwortkategorien nicht in jeder Erhebung identisch waren. Insbesondere wurden sie 2008 leicht verbessert. Abstrahiert man indessen von den Ausschlägen bei einer Befragung, kann man insgesamt von einer negativen Tendenz sprechen. Die erlebte Steuerbelastung wird grösser. Sie hat sich von einem guten Drittel zu knapp der Hälfte der Stimmberechtigten vermehrt.

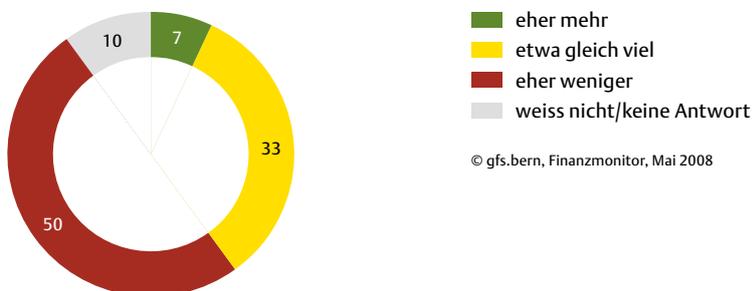
2.2.3 Austauschverhältnis zwischen sich und dem Staat

50 Prozent der Befragten gehen davon aus, vom Staat weniger zu erhalten, als dass sie Steuern geleistet haben. Sie stellen damit eine negative Austauschbilanz zwischen sich und dem Staat fest. Nur sieben Prozent der Befragten sehen das umgekehrt. Für 33 Prozent halten sich Geben und Nehmen zwischen Staat und Bürgerschaft die Waage. Zu keinem materiellen Schluss kommt ein Zehntel der Befragten. Die Grundstimmung ist demnach auch hier negativ.

Grafik 10

«Alles in allem, bekommen Sie vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?»

Verhältnis staatliche Leistungen/Steuerabgaben
in Prozent Stimmberechtigter

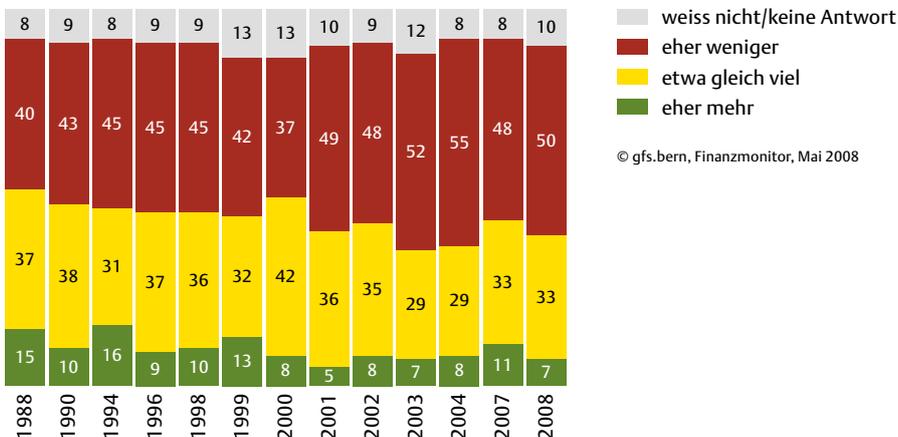


Die Unterschiede nach Merkmalsgruppen sind hier eher gering. Signifikant ist die Differenzierung nach Einkommensklassen. Je höher das Haushaltseinkommen ist, desto wahrscheinlicher wird es, dass man sich als Netto-Geberin oder Netto-Geber versteht. Entscheidend ist, dass sich eine Mehrheit der mittleren Einkommensklassen zugehörig fühlt.

Grafik 11

«Alles in allem, bekommen Sie vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?»

Trend Verhältnis staatliche Leistungen/Steuerabgaben
in Prozent Stimmberechtigter



Im Zeitverlauf hat der Anteil zugenommen, der eine negative Austauschbilanz feststellt. Der Prozentsatz lag vor 20 Jahren bei 40 Prozent, heute bei 50 Prozent. Den Höchstwert verzeichneten wir 2004 mit 55 Prozent. Umgekehrt hat sich der Prozentsatz jener, die sich als Gewinnerinnen oder Gewinner sehen, in der gleichen Periode von 15 auf besagte sieben Prozent verringert. Die Grundstimmung im Austausch zwischen sich und dem Staat ist damit negativer geworden und heute durch eine knapp mehrheitlich negative Schlussfolgerung geprägt.

2.2.4 Das Staatsverhalten generell

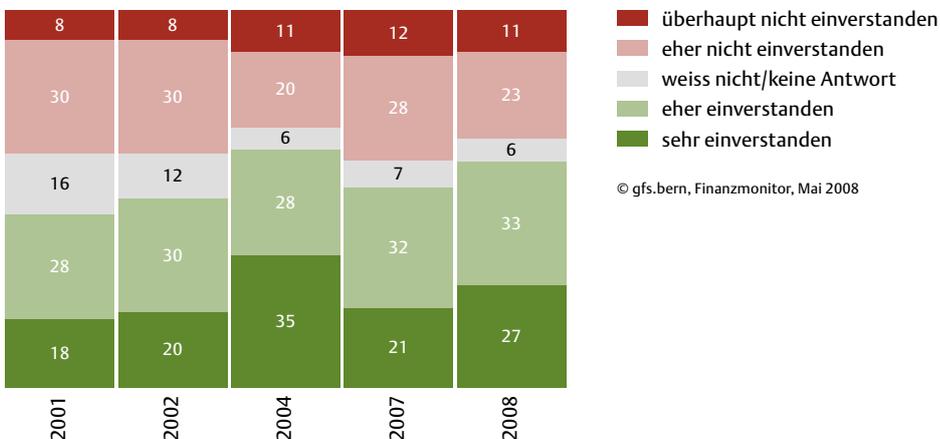
60 Prozent der Befragten gehen mehr oder minder stark davon aus, dass der Staat die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff habe. 34 Prozent sind mit diesem Vorwurf gar nicht oder teilweise nicht einverstanden. Die Grundstimmung ist also auch beim dritten Indikator mehrheitlich negativ.

Grafik 12

«Wenn jemand Folgendes sagt, sind Sie dann sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden?»

«Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff.»

Trend Aussagen zu den Behörden: Ausgaben nicht im Griff
in Prozent Stimmberechtigter



Zeitlich gesehen verläuft der Trend negativ. Zwar war die Skepsis 2004 punktuell höher. Doch nimmt der Anteil Klagender seit 2001 abgesehen von diesem Ausschlag fast kontinuierlich zu.

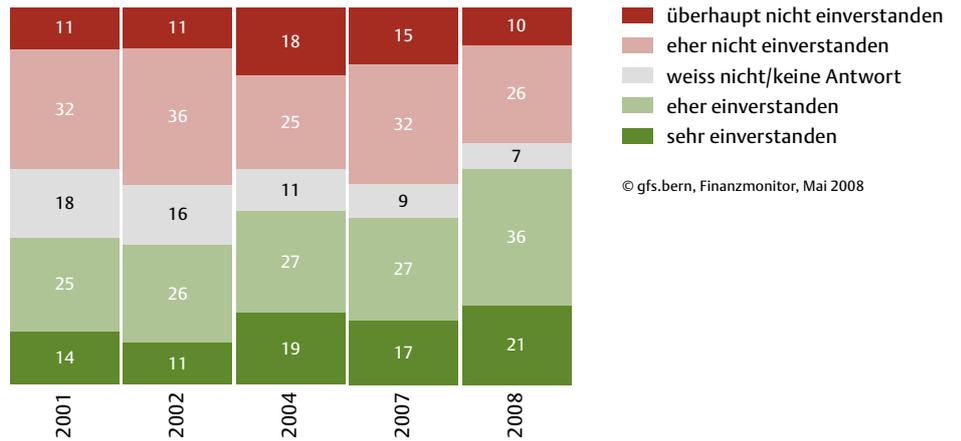
57 Prozent sind mehr oder minder der Meinung, der Staat vernachlässige einen Teil seiner Aufgaben. 36 Prozent widersprechen ganz oder teilweise, wenn man diesen Vorwurf erhebt. Die Grundstimmung ist damit auch beim vierten Indikator mehrheitlich negativ.

Grafik 13

«Wenn jemand Folgendes sagt, sind Sie dann sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden?»:

«Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates.»

Trend Aussagen zu den Behörden: Vernachlässigung der Aufgaben
in Prozent Stimmberechtigter



Der Anteil mit entsprechenden Klagen hat sich sukzessive erhöht. 2002 lag er bei 37 Prozent, heute bei den besagten 57 Prozent. Damit haben sich die Mehrheitsverhältnisse in dieser Hinsicht diametral umgekehrt.

2.2.5 Sparen und Ausgeben durch den Staat

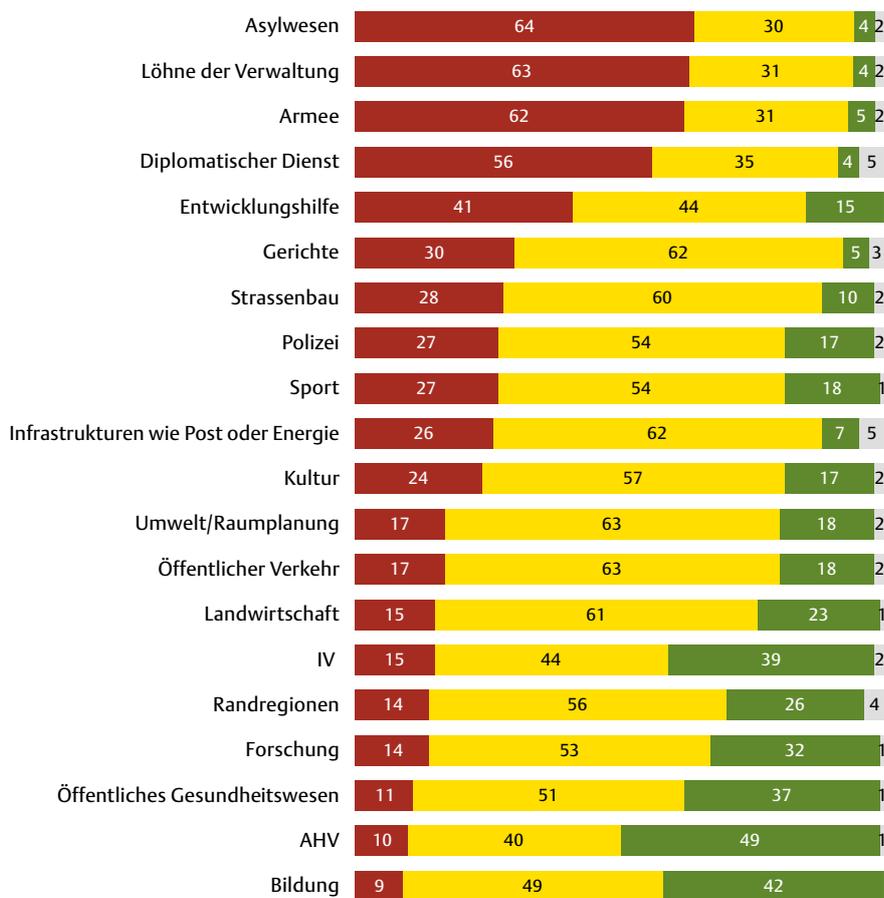
Müsste man als Bürgerin oder Bürger den Sparhebel ansetzen, würde man das mehrheitlich in vier Bereichen tun: im Asylwesen, bei den Löhnen der Staatsangestellten, bei der Armee und im diplomatischen Dienst. Rund drei von fünf Befragten sind jeweils der Meinung, dass hier weniger ausgegeben werden sollte. Mehrausgaben werden kaum befürwortet; rund ein Drittel hält den Status quo für richtig.

Grafik 14

«Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen, gleich viel wie jetzt ausgeben oder ob Sie mehr ausgeben würden.»

Öffentliche Ausgaben: mehr sparen

in Prozent Stimmberechtigter



■ mehr sparen ■ gleich viel wie jetzt ausgeben
■ mehr ausgeben ■ weiss nicht/keine Antwort

© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

Eine relative Mehrheit von 44 Prozent ist der Auffassung, dass die Ausgaben bei der Entwicklungshilfe heute richtig seien. Das trifft auch für die Gerichte, den Strassenbau, die Polizei, den Sport, die Infrastrukturleistungen bei Post oder Energie, den öffentlichen Verkehr, die Umwelt und Raumplanung, die Landwirtschaft, die Randregionen, die Forschung sowie bei der Gesundheit zu. In all diesen Bereichen halten mehr als die Hälfte der Befragten das heutige Ausgabenniveau für richtig.

Grundsätzlich mehr ausgeben möchten die Stimmberechtigten insbesondere bei der AHV. Der Anteil hierfür erreicht den Spitzenwert von 49 Prozent. Im Bildungsbereich möchten 42 Prozent mehr Staatsausgaben sehen, bei der IV 37 Prozent. In all diesen Fällen ist es keine Mehrheit, die den Status quo für gut befindet.

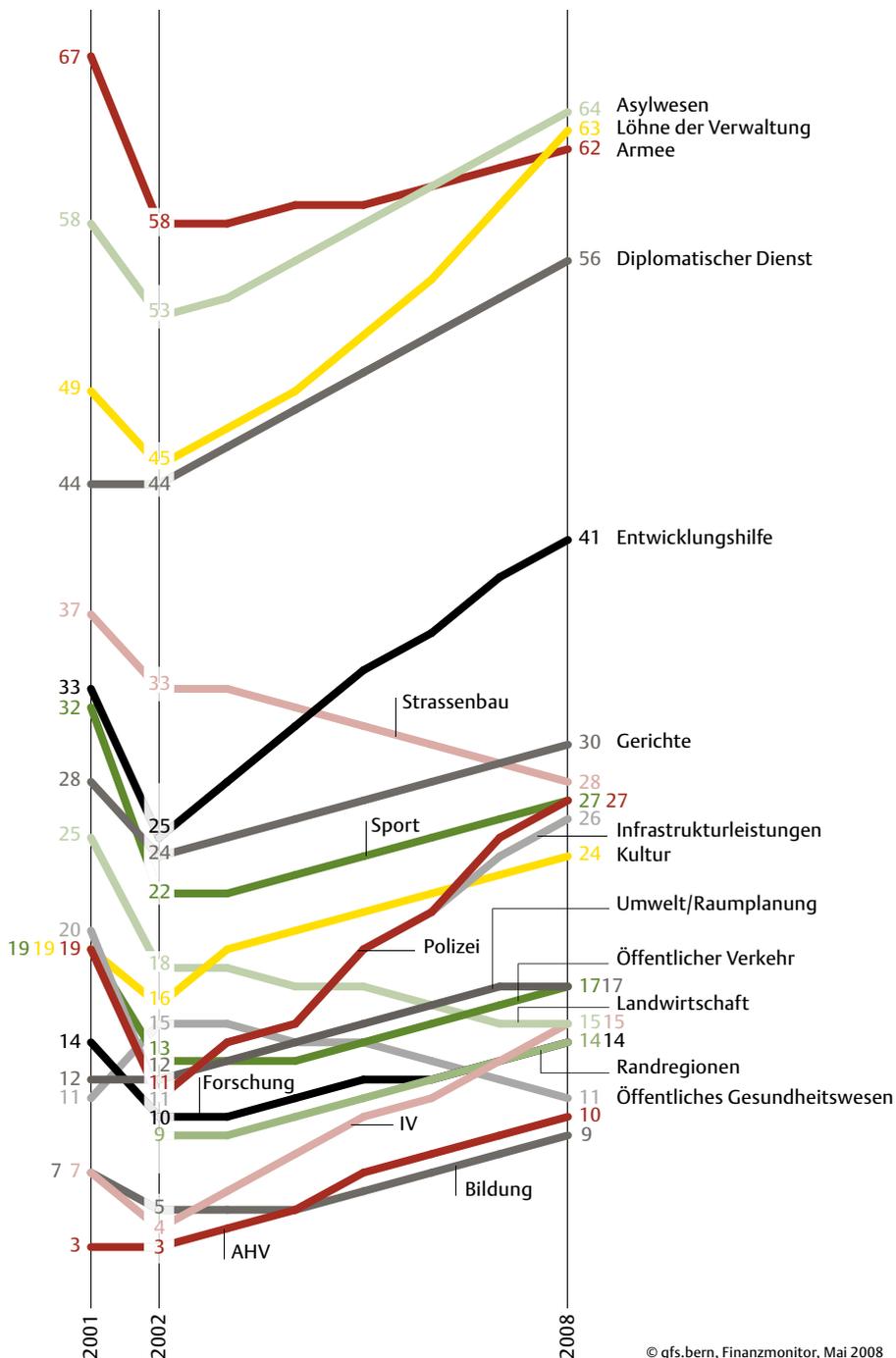
Die wichtigsten Spar- und Ausgabenprioritäten folgen den politischen Orientierungen. Es sind zwar nicht die bekundeten Parteibindungen, jedoch die Selbsteinschätzung der Links/Rechts-Orientierungen relevant. Auf der rechten Seite hat das Asylwesen, gefolgt von der Entwicklungshilfe Priorität, wenn es ums Sparen geht; Bildung respektive Forschung gelten als Tabubereiche. Auf der linken Seite ist die Armee das bevorzugte Sparobjekt, während AHV und IV von Sparwünschen ausgeklammert werden.

In den Antworten zum gewünschten Spar- und Ausgabeverhalten des Staates widerspiegeln sich nicht zwingend Aussagen, die mit der Grösse der Ausgabenbereiche zu tun haben. Vielmehr sind die Ergebnisse stark beeinflusst durch die Alltagsnähe. In Bereichen, wo der Staat stark in den Alltag der Menschen eingreift, möchte man eher mehr Ausgaben, während man dort, wo der Staat auf sich selber bezogen ist, eher weniger Ausgaben befürwortet.

Grafik 15

«Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen, gleich viel wie jetzt ausgeben oder ob Sie mehr ausgeben würden.»

Trend öffentliche Ausgaben: mehr sparen
in Prozent Stimmberechtigter



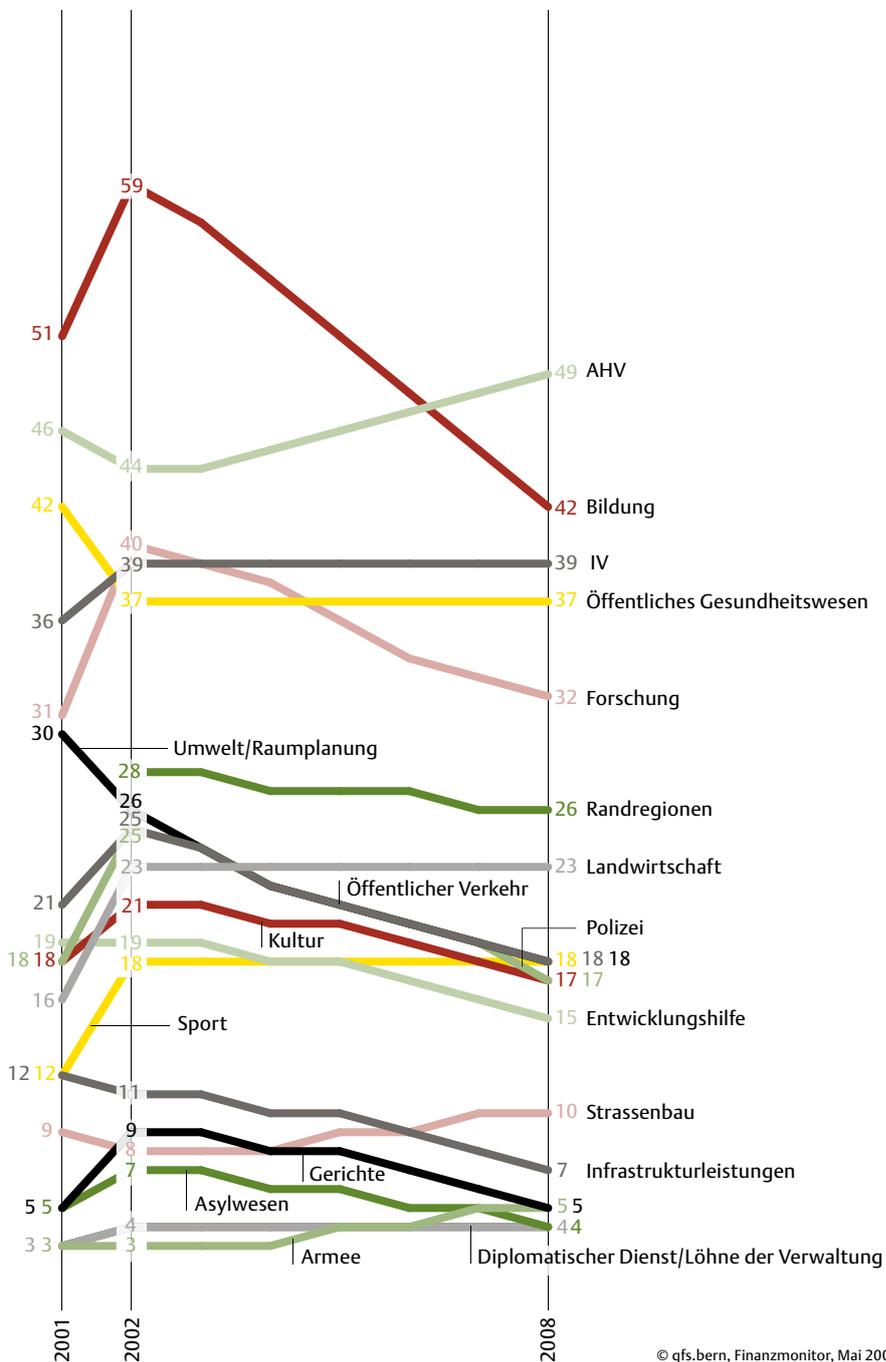
Nicht in jedem Fall sind die Trends identisch. Generell kann man sagen, dass die Sparneigung zugenommen hat. Das gilt insbesondere für die Löhne im öffentlichen Dienst und für die Entwicklungszusammenarbeit. Zudem ist die Zahl der Tabubereiche gesunken. Faktisch betrifft das noch die AHV. Rückläufig ist die Sparneigung zudem beim Strassenbau, der Landwirtschaft und dem öffentlichen Gesundheitswesen.

Die gleichen Politikbereiche können auch nach dem Wunsch vermehrter Ausgaben angesehen werden. Denn diese sind nicht direkt komplementär, weil es zwischen beiden Positionen auch unschlussige Bürgerinnen und Bürger geben kann.

Grafik 16

«Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen, gleich viel wie jetzt ausgeben oder ob Sie mehr ausgeben würden.»

Trend öffentliche Ausgaben: mehr ausgeben
in Prozent Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

Es haben einige Positionsverschiebungen stattgefunden. Die wichtigste betrifft die AHV, die 2008 vor der Bildung rangiert. Das hat zwei Gründe: Einmal bleibt die Aussagebereitschaft bei der AHV hoch, sodann nimmt sie bei der Bildung ab. In etwas geringem Masse gilt das auch für die Forschung und für Umwelt/Raumplanung.

Gegen den allgemeinen Trend, wonach sich die bereichsspezifische Ausgabenbereitschaft verringert, entwickelt sich die Haltung namentlich zum Strassenbau. Auf tiefem Niveau nimmt hier die Absicht zu, wieder etwas mehr als bisher auszugeben.

2.2.6 Zwischenbilanz

Die generelle Stimmung in Finanzfragen ist von mehrheitlicher Skepsis gekennzeichnet. Man spürt in einem wachsenden Mass einen zunehmenden Steuerdruck. Man sieht sich vermehrt als Verlierer in der Austauschbeziehung zum Staat und glaubt immer weniger, dass dieser mit den Mitteln haushälterisch umgeht; gleichzeitig konstatiert man, dass der Staat zunehmend seine Aufgaben vernachlässigt. Zusammengesetzt vermehrt sich der Eindruck des Staatsversagens gerade in der Finanzpolitik.

Steuern zu bezahlen, sieht man selber als Pflicht und als Beitrag zur Funktionsfähigkeit des Staates. Mehrheitlich begleicht man die eigenen Steuern ohne Enthusiasmus. Einmal erledigt, will man mehrheitlich in Ruhe gelassen werden.

In einigen Politikbereichen, namentlich die als alltagsfern erlebten, könnte man nach Auffassung von Mehrheiten mehr sparen. Dazu zählen das Asylwesen, die Angestelltenlöhne, die Armeeausgaben und die Kosten der Diplomatie. Mehr Mittel möchte man dagegen recht verbreitet für die AHV und für das Bildungswesen ausgeben.

2.3 Beurteilung zentraler Strategien der Finanzpolitik des Bundes

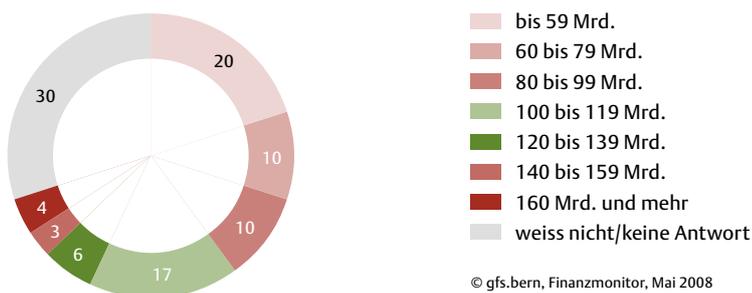
2.3.1 Das Wissen um die Verschuldung

23 Prozent der Befragten können die aktuelle Höhe der Bundesschulden von 125 Milliarden Franken einigermaßen korrekt einschätzen. Sie gehen davon aus, dass die Schweiz als Staat Schulden zwischen 100 bis 140 Milliarden Franken hat. Sieben Prozent gehen von höheren Schulden aus, 40 Prozent von tieferen. Für 30 Prozent ist die Fragestellung zu anspruchsvoll; sie können gar keine Angabe machen. Das effektive Wissen um die Verschuldung des Bundes ist damit gering.

Grafik 17

«Wissen Sie, wie gross die Schulden sind, welche die Eidgenossenschaft, also der Bund, aber ohne die Kantone, Ende 2007 hatte? Machen Sie mir bitte eine möglichst genaue Schätzung in Milliarden Franken. Wenn Sie es nicht wissen, sagen Sie mir das ruhig.»

Einschätzung Bundesschulden
in Prozent Stimmberechtigter



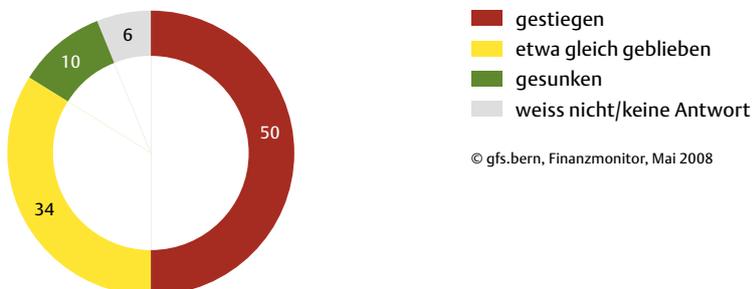
Genau die Hälfte der Befragten geht zudem davon aus, dass die Bundesschulden in den letzten Jahren weiter angestiegen sind. 34 Prozent nehmen an, sie hätten stabilisiert werden können und zehn Prozent halten die Verringerung der Schulden für die richtige Einschätzung.

Die Mehrheit hat damit auch in dieser Frage nicht Recht, was für eine stereotype Wahrnehmung der Sachlage spricht. Denn in Wirklichkeit konnten die Schulden der öffentlichen Hand nach einer längeren Phase des Anstiegs zwischenzeitlich stabilisiert werden. Allenfalls reflektieren die Antworten die indirekt vermutete Verschuldung des Bundes durch Verpflichtungen bei der Sozialversicherung in Annexbetrieben des Staates.

Grafik 18

«Aufgrund von dem, was Sie wissen, sind die Schulden des Bundes in den letzten fünf Jahren total gestiegen, etwa gleich geblieben oder gesunken?»

Beurteilung Entwicklung Bundesschulden
in Prozent Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

Nach der Aufklärung über die effektive Verschuldung bezeichnen 63 Prozent der Befragten diese als zu hoch. Ein Prozent vertritt die Auffassung, sie sei zu tief. Vier Prozent halten sie für richtig, 29 Prozent für hoch, aber erträglich. Die Meinung zur Höhe der Schulden ist damit negativ.

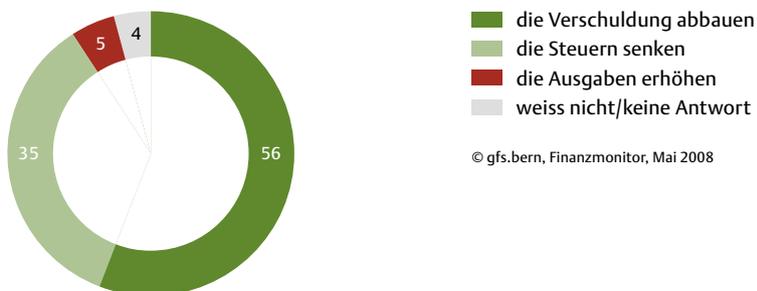
2.3.2 Meinungen zu finanzpolitischen Strategien

Bei denkbaren Überschüssen im Staatshaushalt sind 56 Prozent der Befragten der Meinung, man solle prioritär die Verschuldung abbauen. 35 Prozent sind dafür, als Erstes die Steuern zu senken, und fünf Prozent optieren für eine Erhöhung der Ausgaben.

Grafik 19

«Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Steuern senken oder die Ausgaben erhöhen?»

Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt
in Prozent Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

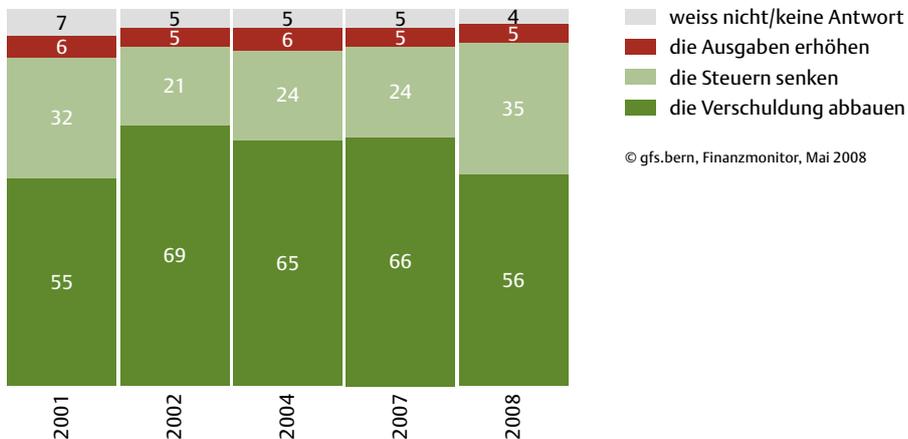
Diese Einschätzungen variieren vor allem zwischen den Sprachregionen. Wie die Mehrheit denkt die deutschsprachige Schweiz. Gleiches gilt im Wesentlichen auch für den französischsprachigen Landesteil. Allerdings ist hier der Wunsch nach Steuersenkungen stärker verbreitet. In der italienischsprachigen Schweiz schlägt er am stärksten durch. 64 Prozent sind hier für Steuersenkungen, während nur 13 Prozent prioritär einen Schuldenabbau wünschen.

Parteilpolitisch gesehen sind die Unterschiede recht gering. In allen politischen Lagern wie auch in allen Einkommensklassen bestehen die gleichen Prioritäten.

Grafik 20

«Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Ausgaben erhöhen oder die Steuern senken?»

Trend Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt
in Prozent Stimmberechtigter

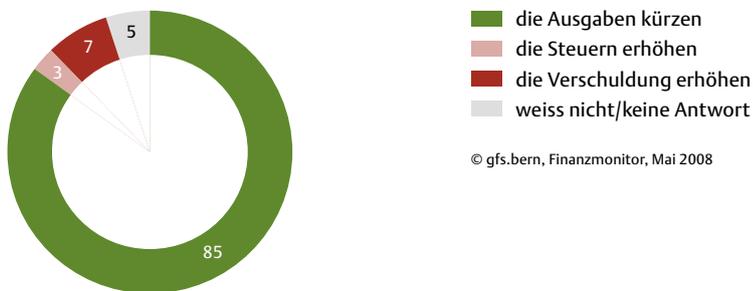


Auch zeitlich gesehen sind die Präferenzen mehr oder minder gleich verteilt. Seit 2001 stellen wir in jeder Erhebung die gleiche Reihenfolge fest. Das Ausmass ist allerdings leicht variierend. Aktuell steigt der minderheitliche Anteil leicht an, der zuerst Steuersenkungen wünschen würde.

Grafik 21

«Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Defizite im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Ausgaben kürzen, die Steuern erhöhen oder die Verschuldung erhöhen?»

Umgang mit Defiziten im Staatshaushalt
in Prozent Stimmberechtigter

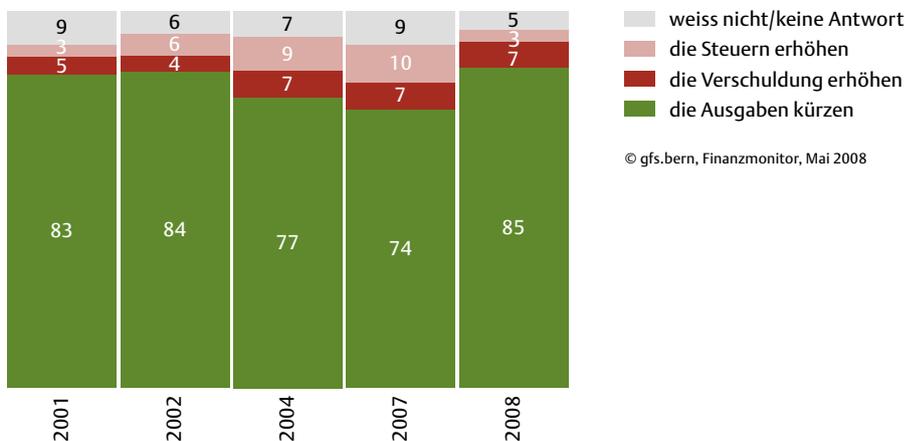


85 Prozent der Stimmberechtigten sind bei Defiziten im öffentlichen Haushalt der Meinung, dass man in erster Linie die Ausgaben verringern solle. Andere Reaktionsmöglichkeiten folgen mit grossem Abstand. Es sind dies die Erhöhung der Schulden oder der Steuern. Beides ist in der Bürgerschaft unbeliebt.

Grafik 22

«Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Defizite im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung erhöhen, die Ausgaben kürzen oder die Steuern erhöhen?»

Trend Umgang mit Defiziten im Staatshaushalt
in Prozent Stimmberechtigter



Der aktuelle Trend geht sogar in die Richtung der Mehrheitsposition. Er macht sich 2008 wieder deutlicher bemerkbar als in den letzten Jahren. Seit 2001 hat sich aber die Grössenordnung nicht wesentlich verändert. Praktisch sind in dieser Zeitspanne immer vier von fünf befragten Stimmberechtigten für Ausgabenkürzungen gewesen, wenn die Staatsrechnung nicht aufgeht.

Stellt man die denkbaren Strategien detailliert vor, die es im Verhältnis zwischen Einnahme- und Ausgabeverhalten gibt, sticht eine als weitgehend konsensual hervor.

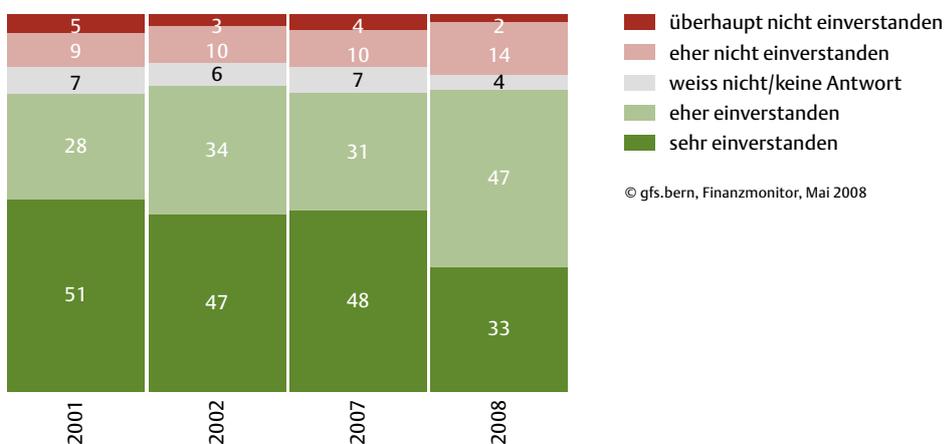
80 Prozent sind mehr oder minder der Auffassung, der Staat solle neue Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal zu lösen versuchen. 33 Prozent sind hier aktuell dezidiert der Meinung, weitere 47 Prozent tendenziell.

Grafik 23

«Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Ausgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt eine Strategie vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind.»

«Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen.»

Trend Strategien Staatshaushalt: Aufgaben optimal lösen
in Prozent Stimmberechtigter



Über die Zeit gesehen hat sich der Anteil, der voll oder eher einverstanden ist, fast nicht verschoben. Es gibt auch kaum Unterschiede nach Merkmalsgruppen.

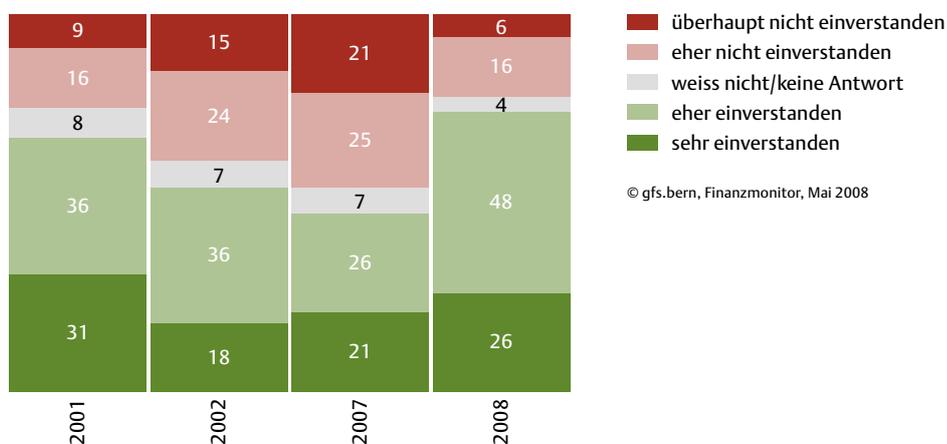
74 Prozent vertreten mehr oder minder klar die Auffassung, man könnte auch gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken, das heisst, den Anteil des Staates verringern. Der Anteil ist hier jedoch nicht stabil. Vielmehr schwankt er; aktuell nimmt er stark zu. Es wächst insbesondere der Anteil, der eher einverstanden wäre.

Grafik 24

«Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Ausgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt eine Strategie vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind.»

«Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken.»

Trend Strategien Staatshaushalt: Steuern und Ausgaben senken
in Prozent Stimmberechtigter



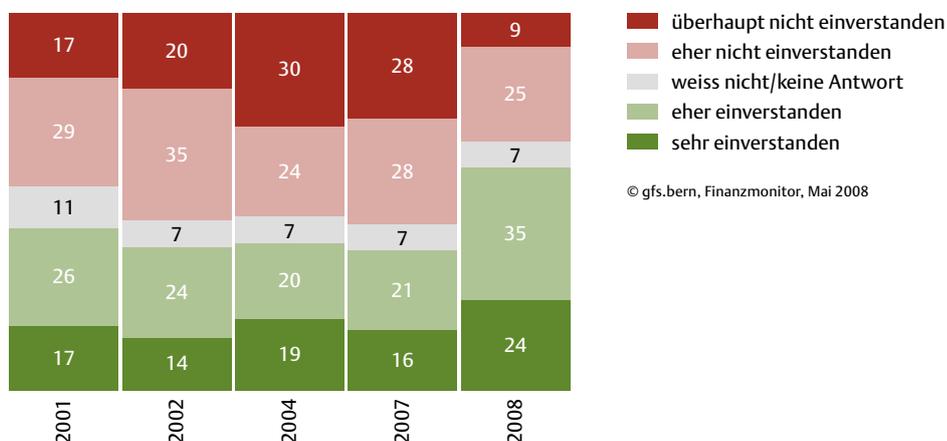
59 Prozent sind zudem mehr oder minder eindeutig der Meinung, man könnte auch zuerst die Steuern senken, um den Druck auf die Ausgaben zu erhöhen. Diese müssten dann den Einnahmen angepasst werden. Auch hier gibt es erhebliche Veränderung über die Zeit, die sich aktuell auswirkt. So war der zustimmende Anteil noch nie so hoch wie jetzt.

Grafik 25

«Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Ausgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt eine Strategie vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind.»

«Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden.»

Trend Strategien Staatshaushalt: Zuerst Steuern senken
in Prozent Stimmberechtigter



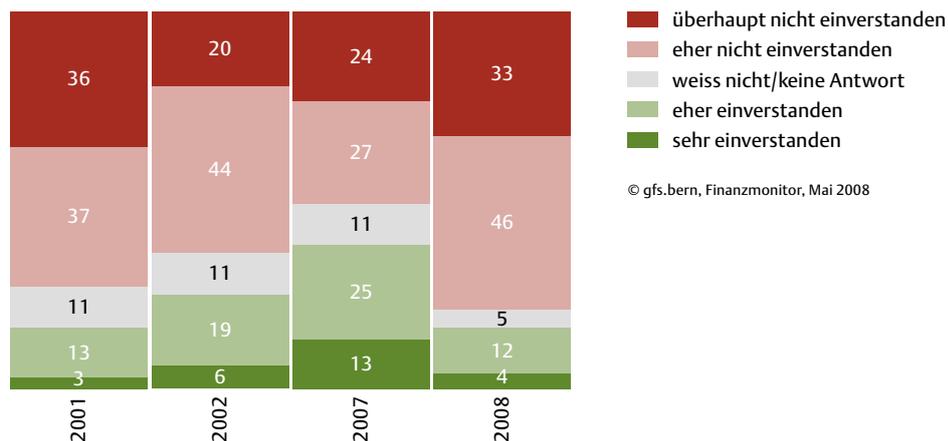
Nur 16 Prozent nehmen die Position ein, der Staat solle neue Aufgaben anpacken, auch wenn es zu Steuererhöhungen kommen würde. Aktuell verringert sich der Anteil; er war jedoch immer nur minderheitlich ausgeprägt.

Grafik 26

«Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Ausgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt eine Strategie vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind.»

«Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen.»

Trend Strategien Staatshaushalt: Neue Aufgaben anpacken
in Prozent Stimmberechtigter



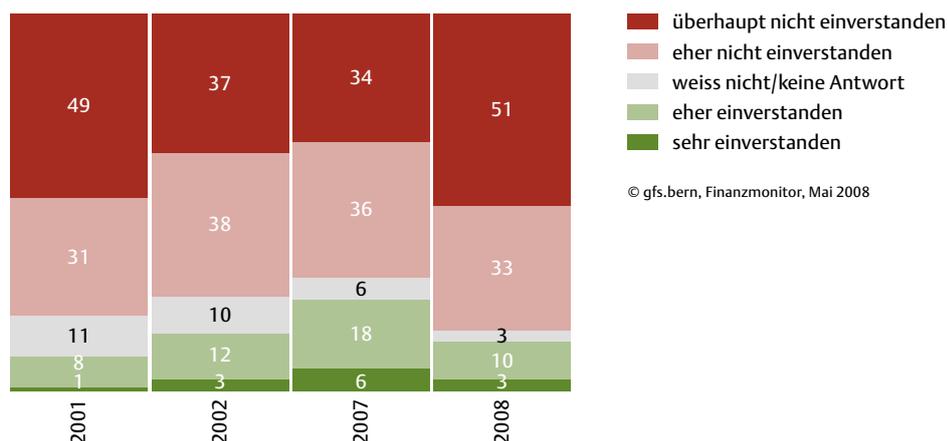
Das gilt schliesslich auch für die gleichzeitige Erhöhung von Steuern und Ausgaben für neue Leistungen des Staates. Das befürworten 13 Prozent, Tendenz sinkend.

Grafik 27

«Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Ausgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt eine Strategie vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind.»

«Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen.»

Trend Strategien Staatshaushalt: Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen
in Prozent Stimmberechtigter



Die Ergebnisse sind auf den ersten Blick widersprüchlich. Auf den zweiten löst sich das jedoch wieder auf. Stellt man nur auf die Anteile ab, die voll einverstanden sind, ergibt sich eine konstante Präferenzordnung, die wie folgt aussieht:

- Bestehende Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal erfüllen (33 Prozent, Trend negativ).
- Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken (26 Prozent, Trend positiv).
- Zuerst Steuern senken, später Ausgaben reduzieren (24 Prozent, Trend positiv).
- Neue Aufgaben anpacken, auch wenn später Steuern steigen (vier Prozent, Trend negativ).
- Neue Aufgaben anpacken und Steuern gleichzeitig erhöhen (drei Prozent, Trend leicht negativ).

Man kann das auch so interpretieren: Der Status quo bei den Steuern ist die bevorzugte Position; Steuersenkungen stehen an zweiter Stelle, Steuererhöhungen an letzter. Momentan zeichnet sich ein Trend zu Steuersenkungen ab, ohne dass dabei das allgemeine Ranking schon verändert worden wäre.

2.3.3 Zwischenbilanz

Die Verschuldung des Staates ist zu einem breiteren Thema in den finanzpolitischen Einstellungen der Schweizerinnen und Schweizer geworden. Das korrekte Wissen dazu ist zwar noch recht gering und führt so zu gewissen Dramatisierungen. Es ergeben sich aber klare Präferenzen: Bei Defiziten soll man die Ausgaben verringern und bei Überschüssen die Schulden reduzieren.

Immerhin nimmt angesichts der Steuerbelastungen und der negativen Austauschbilanz die Bereitschaft zu Steuersenkungen zu, auch wenn dabei Staatsaufgaben verringert werden müssten. Neue Steuern für neue Aufgaben werden dagegen weitgehend abgelehnt.

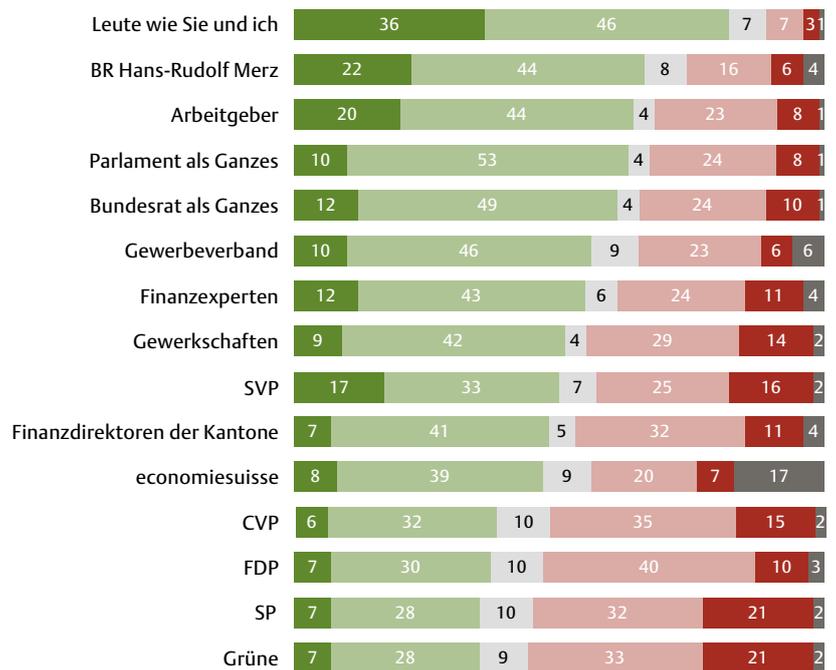
2.4 Beurteilung der Akteure in der Finanzpolitik

Erkundigt man sich nach den glaubwürdigsten Akteuren in der Finanzpolitik, bekommt man eine dominante Antwort: die Bürgerinnen und Bürger – Leute wie Sie und ich. 82 Prozent gelten den Befragten als sehr oder eher glaubwürdig; im Ranking der zuverlässigen Referenzgruppen sind sie damit recht einsam an der Spitze.

Grafik 28

«Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind, wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig.»

Glaubwürdigkeit Akteure der Finanz- und Steuerpolitik in Prozent Stimmberechtigter



■ sehr glaubwürdig ■ eher glaubwürdig ■ weiss nicht/keine Antwort
■ eher nicht glaubwürdig ■ gar nicht glaubwürdig ■ kenne Akteur nicht

© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2008

Man kann das auch so fassen: Die Stimmberechtigten halten sich selber für fähig, Finanzfragen selber beurteilen zu können. Ihr diesbezügliches Selbstbild ist selbstbewusst. Der republikanische Geist der Schweizerinnen und Schweizer kommt hier so gut zum Ausdruck wie kaum in einer anderen Frage.

Von den Akteuren, die sich in der Öffentlichkeit äussern, rangiert der gegenwärtige Finanzminister des Bundes, Hans-Rudolf Merz, an der Spitze. Zwei Drittel der Befragten halten ihn für sehr oder eher glaubwürdig. Es folgen die Arbeitgeber, das Parlament als Ganzes, der Bundesrat als Ganzes, der Gewerbeverband, die Finanzexperten, die Gewerkschaften, die Finanzdirektoren und economiesuisse (obwohl 17 Prozent der Befragten economiesuisse gar nicht kennen).

Von den politischen Parteien gelingt es nur der SVP, in diesem Konzert der Akteure gehört zu werden. Die anderen Parteien rangieren deutlich tiefer. Das trifft für CVP und FDP zu, insbesondere aber auch für SP und Grüne.

Parteiintern schneidet die SVP bei der SVP-Wählerschaft gut ab; diese identifiziert sich zu zwei Dritteln mehr oder minder stark mit dem steuerpolitischen Kurs der Partei. Bei der FDP hält rund die Hälfte der befragten FDP-Wählenden ihre Partei für glaubwürdig und bei der CVP sinkt der Anteil auf gut einen Drittel. Noch tiefer ist er bei der SP, bei der er nur gut bei einem Fünftel auf generelle Zustimmung stösst. Mehr noch liebäugelt die SP-Basis mit der Steuerpolitik der SVP, teilweise auch jener der Grünen.

2.4.1 Zwischenbilanz

Man hält sich und Mitbürgerinnen und Mitbürger – wie kaum in einer anderen Politikfrage – in Finanzfragen für befähigt, sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Darüber hinaus bewertet man den aktuellen Finanzminister als glaubwürdig und orientiert sich an Parlament, Bundesrat und den Sozialpartnern. Von den politischen Parteien hat nur die SVP eine finanzpolitische Ausstrahlung über die eigene Wählerschaft hinaus.

Abschliessend soll der Versuch unternommen werden, die Hauptergebnisse zu verdichten und zu systematisieren sowie Thesen zum Stand und zu den wichtigsten Entwicklungen der Finanzgesinnung der Schweizerinnen und Schweizer zu machen.

Ausgangspunkt unserer Ausführungen war, dass Steuern zahlen mehrheitlich unbeliebt, aber akzeptiert ist. Es gehört für die Stimmberechtigten zu ihren Pflichten, die staatliches Handeln erst ermöglichen. Bei den meisten Befragten handelt es sich dabei allerdings um eine sehr instrumentelle Einstellung. Die Mehrheit will, wenn sie die Steuern abgeliefert hat, vom Staat in Ruhe gelassen werden. Eine direkte Verbindung zur aktiven Mitsprache als Bürgerinnen und Bürger wird nicht gemacht.

Bezüglich der eigenen Austauschrelation mit dem Staat mehren sich ebenfalls die Zweifel. Es wird ein Leistungsabbau festgehalten, verbunden mit einer mangelnden Ausgabendisziplin. So verdichtet sich der Eindruck des Staatsversagens in zentralen Belangen, was die Einstellung zum Geben und Nehmen durch den Staat verschlechtert.

Einige Bereiche, namentlich die für die Normalbürgerinnen und Normalbürger als alltagsfern erlebten, gelten für Mehrheiten als Sparbereiche. Dazu zählen das Asylwesen, die Angestelltenlöhne, die Armeeausgaben und die Kosten der Diplomatie. Mehr Mittel möchte man dagegen recht verbreitet für die AHV und für das Bildungswesen ausgeben.

Die Verschuldung des Staates ist zu einem breiteren Thema in den finanzpolitischen Einstellungen der Schweizerinnen und Schweizer geworden. Das korrekte Wissen dazu ist zwar noch recht gering und es führt zu Dramatisierungen. Es ergeben sich aber klare Präferenzen: Bei Defiziten soll man die Ausgaben verringern, bei Überschüssen die Schulden abbauen. Der Spielraum für Steuersenkungen, insbesondere auch für Steuererhöhungen ist ausgesprochen gering.

Immerhin nimmt angesichts der Steuerbelastungen und der negativen Austauschbilanz die Befürwortung von Steuersenkungen zu, auch wenn dazu Staatsaufgaben verringert werden müssten. Neue Steuern für neue Aufgaben werden dagegen weitgehend abgelehnt.

Man hält sich und die Mitbürgerinnen und Mitbürger wie kaum in einer anderen Politikfrage in Finanzfragen für befähigt, sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Darüber hinaus bewertet man den aktuellen Finanzminister als glaubwürdig, orientiert sich an Parlament, Bundesrat und an den Sozialpartnern. Von den politischen Parteien hat nur die SVP eine finanzpolitische Ausstrahlung über die eigene Wählerschaft hinaus.

Die ersten Trends, die man mit dem Finanzmonitor in den Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger analysieren kann, legen nahe, von nicht allzu starken Einflüssen der Wirtschaftslage auszugehen. Einen direkten Zusammenhang mit der Konjunkturentwicklung gibt es nicht. Diese wirkt sich aber indirekt aus, indem sie die möglichen Staatseinnahmen bestimmt. Diese werden aber auch durch die Finanzpolitik beeinflusst, sodass keine einfache Kausalkette aufgebaut werden kann. Vielmehr dürfte gelten, dass die finanzpolitischen Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger ihre allgemeinen Erfahrungen im Umgang mit Steuergeldern reflektieren, was sich auch im Institutionen- und Akteursverhalten spiegelt.

Die Finanzpolitik ist Teil der wachsenden Kultur des Misstrauens gegenüber Institutionen oder der Wahrnehmung eines Staatsversagens. Dabei geht es um das Verhältnis von Einnahmen und Leistungen des Staates. Die Thematisierung dieser Elemente spiegelt sich direkt in der Finanzgesinnung der Bürgerinnen und Bürger.

Generell kann man sagen, dass das Selbstbewusstsein der Schweizerinnen und Schweizer, in Finanzfragen selber entscheiden zu können, ausgeprägt vorhanden ist. Es macht einen wesentlichen Teil der republikanischen Gesinnung in diesem Land aus. In zentralen Fragen besteht dabei ein eigentlicher gemeinsamer Esprit. Das betrifft etwa die optimale Erfüllung aller Staatsausgaben mit den bestehenden Mitteln. Darüber hinaus verringert sich der finanzpolitische Vorrat an Gemeinsamkeiten vor dem Hintergrund des erlebten Steuerdrucks. Dafür nimmt die Bereitschaft zyklisch zu, Steuern und Aufgaben des Staates verringern zu wollen.

«L'État, c'est nous», sagen die demokratisch geprägten Politikerinnen und Politiker. «L'État, c'est moi», scheinen ihnen die Bürgerinnen und Bürger zu antworten, wenn sie ihre Erfahrungen mit der Steuer- und Finanzpolitik resümieren.

Daraus leitet sich die Hauptforderung aus Bürgerinnen- und Bürgersicht ab: Man wüsste sich eine zurückhaltende Finanzpolitik des Bundes.

Übersicht über die Indikatoren, Verhältnisse und ersten Trends aus dem Finanzmonitor 2008

Bereiche/Indikatoren	Hauptergebnis aktuell	Haupttrend
Grundstimmung in Steuer- und Finanzfragen		
Subjektive Steuerbelastung	15 Prozent sehr hohes Problem 41 Prozent eher hohes Problem	Probleme wachsen
Subjektive Austauschrelation zum Staat	50 Prozent Verlierer 7 Prozent Gewinner	Verhältnis verschlechtert sich
Generelles Staatsverhalten	60 Prozent Ausgaben nicht im Griff 57 Prozent vernachlässigte Aufgaben	Negative Haltungen vermehren sich
Sparbereiche	64 Prozent Asylwesen 63 Prozent Löhne 62 Prozent Armee 56 Prozent Diplomatie	Zunehmend Zunehmend Stabil Zunehmend
Mehrausgaben	49 Prozent AHV 42 Prozent Bildung	Stabil Abnehmend
Steuern zahlen	90 Prozent Pflichtbewusstsein 81 Prozent Funktionieren des Staates 74 Prozent ungern bezahlen 70 Prozent in Ruhe gelassen werden	Noch keine Aussage möglich
Beurteilung zentraler Strategien der Finanzpolitik des Bundes		
Wissen Höhe/Trend Verschuldung	23 Prozent korrekte Höhe 34 Prozent korrekter Trend	Keine Aussage möglich
Meinung zur Verschuldung	56 Prozent zu hoch	Keine Aussage möglich
Finanzpolitische Präferenzen	56 Prozent Verschuldung abbauen 35 Prozent Steuern senken 5 Prozent Ausgaben erhöhen	Bei leichten Schwankungen stabile Präferenzen
Steuerpolitische Präferenzen	80 Prozent neue Aufgaben mit bestehenden Mitteln optimal lösen 74 Prozent Steuern und Ausgaben senken 59 Prozent zuerst Steuern, dann Ausgaben senken 16 Prozent neue Aufgaben anpacken, später Steuern erhöhen 13 Prozent neue Steuern und neue Aufgaben gleichzeitig	Stabile Haltung Steigende Zustimmung Steigende Zustimmung Sinkende Ablehnung Sinkende Ablehnung
Beurteilung der Akteure in der Finanzpolitik		
Glaubwürdigkeit	82 Prozent Leute wie Sie und ich 66 Prozent Bundesrat Hans-Rudolf Merz 64 Prozent Arbeitgeber 63 Prozent Parlament 61 Prozent Bundesrat 56 Prozent Gewerbeverband 53 Prozent Finanzexperten 51 Prozent Gewerkschaften 50 Prozent SVP 48 Prozent Finanzdirektoren 47 Prozent economiesuisse 38 Prozent CVP 37 Prozent FDP 35 Prozent SP 35 Prozent Grüne	Steigend Steigend Stabil Steigend Stabil Stabil Steigend Stabil Keine Aussage möglich Keine Aussage möglich Keine Aussage möglich Keine Aussage möglich Keine Aussage möglich Keine Aussage möglich Keine Aussage möglich

Anhang

Das gfs.bern-Team

Claude Longchamp

Institutsleiter, Politikwissenschaftler

Matthias Bucher

Projektleiter, Sozialpsychologe

Stephan Tschöpe

Datenanalytiker/Programmierer

Silvia-Maria Ratelband-Pally

Projektadministratorin

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47
Postfach
CH-8032 Zürich

economiesuisse
Fédération des entreprises suisses
Carrefour de Rive 1
Case postale 3684
CH-1211 Genève 3

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Spitalgasse 4
Postfach
CH-3001 Bern

economiesuisse
Federazione delle imprese svizzere
Corso Elvezia 16
Casella postale 5563
CH-6901 Lugano

economiesuisse
Swiss Business Federation
Avenue de Cortenbergh 168
B-1000 Bruxelles

www.economiesuisse.ch